



65

Ma/Juni '97
11. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Titelthema:

**Tupac
Amaru**

**Erstürmung der
Botschaft
und
Geschichte des
Widerstandes**

**"Free Mumia"
Erste Erfolge**

**Krefeld
Reaktionen
auf einen
Mord**

**Zum Tod von
Türkes - ein
Faschist hat
ins Gras
gebissen**

Inhalt

3 Editorial

Berichte

- 4 "Das war das erste mal..." (MRTA)
- 10 1. Mai
- 14 Krefeld - Ein nicht ganz gewöhnlicher Mord
- 19 DHKP/C-Veranstaltung in Hengelo (NL)
- 20 "Dialog statt Verbote" Podiumsdiskussion zu Kurdistan in Dortmund
- 22 Zum Tod von Türkes - ein Faschist beißt ins Gras
- 31 Geplante Demonstration von Vaals nach Aachen

Dokumentationen

- 7 Der Kampf des Tupac Amaru (aus: Die offenen Adern von Latein-Amerika)
- 24 "Free Mumia"
- 26 Wewelsburg III

Kommentare

- 23 108. Geburtstag Hitlers
- 33 Brief an die AntifaZ Leser/innen

Material

- A Der Name des Krieges gegen das Volk ist Konterguerilla - Teil III

Rezension

- 33 Herman Bogdal: Was ist wichtig
- 34 Kurnachrichten

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habnahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM

Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

| Breite | Höhe | DM | Breite | Höhe | DM |
|--------|----------|-------|--------|-------|-------|
| 5,5cm | <6cm | <60,- | 5,5 cm | 24 cm | 120,- |
| 5,5cm | 8 - 11cm | 60,- | 7,7cm | 24cm | 150,- |
| 10,5cm | 8 - 6 | 75,- | 16cm | 12cm | 150,- |

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung
montags, ab 20 Uhr.
Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
Druck: Emek Essen

Editorial

Bei Redaktionsschluß hatten wir mal wieder eine Materialfülle bis zum Bersten. Immer wieder müssen wir Menschen, die uns Beiträge zugesandt haben, enttäuschen. Weh tut uns, nicht schon in dieser Ausgabe ein längeres Interview mit einigen Hörder Realschülerinnen, die sich im Rahmen einer Projektwoche an Hand des Themas "**Mädchen in Hörde unter dem Hakenkreuz**" mit der Rolle der Mädchen damals und heute auseinandergesetzt und eine eigene Zeitung dazu gemacht haben, veröffentlichen zu können. Für die nächste Nummer ist es auf jeden Fall vorgemerkt. Die von ihnen gemachte Zeitung "**Mädchen in Hörde**" kann von Interessierten jedenfalls über unsere Redaktion bestellt werden.

Die mit der Fülle ihres Materials überzeugende **Wehrmachtausstellung in der Frankfurter Paulskirche** sowie die sich auch dort artikulierende Gegnerschaft hätte einen eigenen Beitrag verdient gehabt. Wir wollen uns bemühen, die Ausstellung auch ins Ruhrgebiet zu bekommen; sie ist jedoch bis Frühjahr nächsten Jahres "ausgebucht".

Endgültig "gestorben" ist für uns die Fortsetzung der Reihe "**Das Über-Leben**". Sie lag mal wieder nicht bis Redaktionsschluß vor, und das Bearbeiten der vom Autor abgefaßten Manuskriptseiten hat bisher in aller Regel zu Unstimmigkeiten zwischen Autor und Bearbeiter (egal wer) geführt, der sich hinterher vor die Alternative gestellt sah, blöd oder böswillig zu sein. Wir möchten es vermeiden, unser Lesepublikum immer wieder mit langen Korrekturlisten als Ergebnis einer Arbeitsweise zu "erfreuen", die uns unter unnötigen Zeitdruck setzt und ständig zur Quelle neuer Querelen wird.

Kommen wir zum Inhalt: Die nach langen, von der peruanischen Regierung bewußt verzögerten Verhandlungen erfolgte **Erstürmung der japanischen Botschaft in Lima** durch peruanische Spezialeinheiten hat weltweite Empörung ausgelöst und bildet daher diesmal unser Hauptthema. Es war schon symbolträchtig, wie der feine Herr Fujimori, mit dem Handy spielend, über Leichen ging. Dabei sind wir auch auf das Vorbild eingegangen, nach dem sich die Guerilleros benannt haben: **Tupac Amaru**. Die Urbevölkerung Lateinamerikas kämpft ums nackte Überleben. Die nach dem kapitalistischen Leistungsprinzip erfolgende drastische Umverteilung von unten nach oben wirft Millionen und Abermillionen von Menschen im wahrsten Sinn des Wortes auf Müllhalden und verurteilt sie dazu, entweder langsam zu verrecken oder sich, wo sie es schaffen, bewaffnet zur Wehr zu setzen.

Der 1. Mai dieses Jahres stand auch in Deutschland im Zeichen allmählich bedrohlicher werdender Vogelfreisetzung von Arbeitskräften. Viele Menschen stehen bereits mit dem Rücken zur Wand, sie wissen, daß sie kämpfen müssen, aber noch nicht, wie. Nazis wollen sich da mal wieder als Retter aus der Not aufspielen; in Leipzig erlebten sie eine Schlappe.

Die westfälische Walhalla (**Wewelsburg**) beschäftigt uns auch in dieser Nummer weiter. Wie wir bei einem erneuten Besuch feststellen mußten, findet dort zur Zeit eine Ausdünnung der Erinnerung an den KZ-Terror statt; die ehemaligen Nazikultstätten verwandeln sich zusehends in Kultstätten einer älteren Tradition - der katholischen Kirche. Im Untergeschoß des Museums wird die geknüpft Patenschaft zur im ehemaligen Warthegau gelegenen Ortschaft Meseritz dazu genutzt, vor allem an deren frühere deutsche Besiedlung und die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg zu erinnern. Bei der historischen Aufbereitung bleibt allerdings das auf Germanisierung bedachte Hakatitentum der Wilhelminischen Ära ebenso wie das für die Vertreibung ursächliche unheilvolle Wirken der Nazis gegenüber der polnischen Bevölkerung praktisch ausgespart. Eine Wanderausstellung, deren Ausgangsort die Wewelsburg ist, soll die Feste feiernden und Handwerkstraditionen hochhaltenden und so Bäder in der Menge nehmenden Nazis darstellen. Ein vierter Teil unserer Serie soll in der nächsten Nummer die Veränderungen eingehender beleuchten und bewerten.

"Das war das erste Mal, doch es wird nicht das letzte Mal sein..."

"Die peruanische Regierung zeigt sich gegenüber dem Schicksal von Millionen von Menschen desinteressiert. Ihre Haltung gegenüber den Menschen versucht sie ins Gegenteil zu kehren, indem sie die sozialen Kämpfe als terroristisch definiert. In den letzten 4 Jahren ist die Zahl der politischen Gefangenen auf 9.000 gestiegen, allen wird Teilnahme an der Subversion vorgeworfen, alle werden vor Militärtribunale gebracht und zu 25, 30 Jahren verurteilt; Verteidigungsrechte werden nicht gewährt. Unter diesen Bedingungen kamen Hunderte von Personen unschuldig ins Gefängnis. Auf der anderen Seite wird das Militär des Mordes, der Vergewaltigung von Frauen und Kindern, der Folterung und der Massaker beschuldigt; die Regierung gewährt ihnen Straffreiheit dafür.

Wir rufen die fortschrittlichen Frauen und Männer der Welt auf, auf die peruanische Regierung einzuwirken, eine politische Lösung zu finden, die zur Freiheit der politischen Gefangenen führt."

(Auszug aus einer MRTA-Erklärung von Ende Dezember 1996)

"Das war das erste Mal, doch es wird nicht das letzte Mal sein, es wird so oft gescheh'n, bis wir uns befrei'n". So hat die österreichische Politrockgruppe "Schmetterlinge" ihre auch über ein Jahrhundert nach der Niederschlagung der Pariser Kommune ungebrochene Betroffenheit und Solidarität in einem Lied zum Ausdruck gebracht. Der Kampf und Untergang der Pariser Kommune ist ein von den bürgerlichen Historikern gern "vergessenes" Ereignis in der Menschheitsgeschichte. Die Verdammten dieser Erde dagegen vergessen solche Ereignisse nicht.

Auch nicht in Lateinamerika. Die Erhebung des Tupac Amaru, dem man vor seinem Tod die Zunge abschnitt, damit er sie nicht mehr gebrauchen konnte, ist dafür ein Beispiel - ein Beispiel wie das des Victor Jara, dem man die Hände zerschlug, damit er nicht mehr auf der Gitarre spielen konnte.

Die am 17.12.1996 begonnene und über 4 Monate dauernde Besetzung der japanischen Botschaft in Lima (Peru) durch Guerilleros des Movimiento Revolucionario Tupac Amaru

(MRTA) hat weltweites Aufsehen erregt und unter fortschrittlichen Menschen große Sympathie hervorgerufen. Die Erstürmung der Botschaft durch Elitetruppen des Regimes Fujimori am 22.04.1997 hat dagegen bei den Regierenden von Tokio bis Washington große Befriedigung, bei demokratischen und humanistisch gesinnten Menschen dagegen Bestürzung und Zorn ausgelöst. Der Erzbischof, der die Verhandlungen zwischen MRTA und Regierung vermittelt hatte, hat geweint. Die Regierung hatte ihn in dem Glauben belassen, die Verhandlungen gingen weiter, während sie hinter seinem Rücken bereits seit über 40 Tagen die Erstürmung vorbereitet hatte; er war davon überzeugt gewesen, an einer friedlichen Lösung mitzuwirken, und mußte nun erschüttert feststellen, daß die von ihm verbreitete Sanftmut für die Guerilleros zur tödlichsten Waffe in den Händen ihrer Feinde geworden ist.

Die Moral der Herrschenden

Während der Sprecher des US-Außenministeriums Nicholas

Burns jegliche Beteiligung der USA an dem Handstreich weit von sich wies und sogar erklärte, die USA seien nicht informiert gewesen, zugleich aber der Regierung Fujimori für die erfolgreiche Aktion gratulierte, erklärte in einem Interview mit CNN ein Mitarbeiter des FBI, Bob Taubert, das Militärkommando, das die Erstürmung durchführte und die Ermordung sämtlicher Guerilleros erledigte, sei in den USA seit Dezember 1996 auf seine Arbeit vorbereitet worden. Er sei stolz darauf, an der Ausbildung beteiligt gewesen zu sein. Das Geld, das dafür investiert worden sei, habe sich glänzend bezahlt gemacht. Allgemein wird von den USA nicht in Abrede gestellt, daß dort in den letzten 10 Jahren zahlreiche peruanische "Antiterror"-Spezialisten ausgebildet und mit entsprechender Ausrüstung (z.B. kugelsicheren Westen) versorgt worden sind. Nach Ansicht des US-Botschafters in Lima war die Militäraktion "die richtige Antwort auf die marxistischen Guerilleros".

Auch die japanische Regierung, die angeblich von nichts was wußte, schickte eine Delegation

zu Fujimori, um ihn persönlich zu dieser Leistung zu beglückwünschen. Die japanische Zeitung ASAHI SHIMBUN hatte zuvor, gestützt auf Interviews mit mehreren befreiten Geiseln, berichtet, das Militärkommando habe auch Guerilleros, die sich ergeben hatten, umgebracht. Eine der Geiseln, die ihren Namen nicht veröffentlicht haben wollte, erklärte, mitangesehen zu haben, wie ein Guerillero mit erhobenen Händen erschossen wurde. Ein weiterer Zeuge gibt an, ein in die Hände der Militärs gefallener Guerillero sei noch ermordet worden, nachdem gemeldet worden sei, alle anderen Guerilleros seien tot. Laut Fujimori wurde der Anführer der Guerilleros, Nestor Cerpa Cartolini, zusammen mit 5 Genossen von Soldaten in ein Zimmer abgedrängt und dort erschossen. Der Schuß in den Kopf war aufgesetzt.

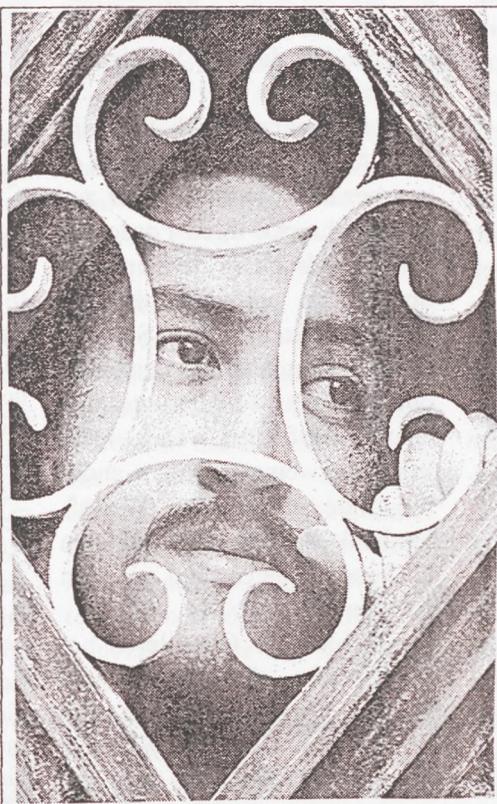
All das zeigt, daß der Tod sämtlicher Guerilleros eine von vornherein beschlossene Sache war. Überlebende durfte es nicht geben, schon um eine nicht erwünschte Erinnerung an das Geschehen gar nicht erst zu ermöglichen. Nur eine Geisel kam um, ausgerechnet ein Richter, von dem bekannt war, daß er für die Ziele der Guerilleros viel Verständnis aufgebracht hat.

Die Verhandlungen hatten lediglich dazu gedient, Zeit zu gewinnen, die Weltöffentlichkeit hinters Licht zu führen (man sei angeblich für eine friedliche Lösung) und die Aktion mit seinem Großen Bruder USA bis ins Detail vorzubereiten. Das gefeierte Genie Fujimori selbst war nach Vollstreckungsmeldung im Sonntagsanzug im Botenschaftsgebäude über die

Leichen geklettert, um seinen Sieg angemessen zu genießen.

Die Moral der "Bürgerkommender Zeiten"

Am 17. Dezember hatten die Guerilleros anlässlich eines Festbanketts rund 600 ausschließlich hochkarätige Vertreter verschiedener Länder in ihre Gewalt gebracht, ohne daß auch nur ein Schuß gefallen war. Das zeigt, wie präzise die Freiheitskämpfer sein können und wie ohnmächtig die Herrschenden



Comandante Nestor Cerpa Cartolini

trotz ihres immensen, hochtechnisierten Machtapparats dagegen sind. Sie sind verwundbar. Vier Monate lang hatten die Guerilleros keiner der Geiseln ein Haar gekrümmt. Sie haben sämtliche Personen, die den Strapazen der Besetzung nicht gewachsen waren, der Reihe nach freigelassen. Sie haben weitestmögliche Öffentlichkeit gesucht. Reporter, Rotes Kreuz, Ärzte und Krankenschwestern hatten ungehinderten Zugang.

Das sind klare Hinweise dafür, daß die Guerilleros nicht das blutrünstige Ziel hatten, einfach alles umzubringen, wie es so gern von den Regierenden behauptet wird.

Hätten die Guerilleros denn nicht die Möglichkeit gehabt, die eine oder andere der Geiseln, die teilweise schwerste Verbrechen begangen haben und von einem Volksgericht sicher zum Tode verurteilt worden wären, zu erschießen, ohne dabei ein schlechtes Gewissen haben zu müssen? Hätten sie nicht die Möglichkeit gehabt, den Bruder von Fujimori, der sich ebenfalls unter den Geiseln befand, etwa "in Sippenhaft" zu erschießen, wie man das hier in Deutschland ja mal kennengelernt hat?

Wenn das Regime die Möglichkeit gehabt hätte, 600 Guerilleros auf einen Streich zu "erwischen", hätte sie nicht mit Freuden alle umgebracht?

Selbstredend können all diese Fragen ohne weiteres mit ja beantwortet werden. Von ihrem fachlichen Leistungsvermögen her waren diese aus dem Urwald gekommenen Guerilleros dazu allemal in der Lage.

Aber sie haben eine andere Vorstellung von "Leistung" als die kapitalistische Gesellschaft. Hier kommt eine andere Moral als die der Herrschenden zum Ausdruck, eine Moral, die Menschenleben hochachtet, die Menschenwürde respektiert und dafür auch das Risiko, selbst umgebracht zu werden, in Kauf nimmt.

Sobald die Herrschenden dazu die Möglichkeit hatten, haben sie das getan. Das liegt in der Logik der Klassengesellschaft. Jede Seite handelt nach ihren

eigenen Moralvorstellungen, die in einem antagonistischen (unversöhnlichen) Widerspruch zueinander stehen.

Trauer und Zorn

Die Weltöffentlichkeit, soweit ihr Menschenrechte heilig sind, hätte die Freilassung der politischen Gefangenen in Peru, die nur im Gefängnis sind, weil sie für das Menschenrecht eintreten, begrüßt.

Ein friedliches Ende wäre eine große Hoffnung gewesen. Das war nicht unmöglich. Beispielsweise wenn die Bundesregierung auf das Fujimori-Regime Druck ausgeübt hätte, der Forderung der Guerilleros nachzugeben. Immerhin war unter den zunächst genommenen Geiseln auch der deutsche Botschafter. Die Guerilleros ließen ihn frei. Keine der freigelassenen Geiseln konnte sich über schlechte Behandlung beklagen, auch der deutsche Botschafter nicht. Hätte man das nicht auch nach dem kapitalistischen Leistungsprinzip honorieren können?

Hätte man nicht, denn sie haben ihn ja freigelassen, ohne die Gegenleistung zu fordern. Eine freiwillige Honorierung von Leistungen ist von der Bourgeoisie nie und nimmer zu erwarten.

Diese Erfahrung ist alt. Die Guerilleros hätten sie schon aus dem Untergang der Pariser Kommune ziehen können. Das ist ein Punkt der Kritik: Sie waren zu gutgläubig. Wir trauern um die gnadenlos erschossenen 14 Guerilleros. Nicht nur die demokratische Öffentlichkeit, auch die 4 Monate lang festgehaltenen Geiseln haben großenteils Sympathie zu ihnen entwickelt. Trotz ihrer Befreiung empfanden sie keine Freude.

Unser Zorn richtet sich auch dagegen, daß eine so professionell begonnene Aktion so

amateurhaft enden mußte. Sicher ist es für Außenstehende einfach, Kritik zu üben, aber unsere Kritik ist nicht gegen den Kampf der MRTA, sondern für deren Kampf. Wir empfinden ihn als unseren Kampf, als einen Teil zum Aufbau einer humanen Welt.

Die Handlungsweise des Regimes hat erneut deutlich gemacht, daß der Aufbau einer humanen Welt ohne Blutvergießen nicht geht. Die Bourgeoisie, gegen deren Interesse sich ein solcher Aufbau richtet, weiß das und handelt danach. Wir haben noch zu lernen.

Diesen Lernprozeß haben die MRTA-Guerilleros mit dem Leben bezahlt. Sie sind davor zurückgeschreckt, ihren Forderungen Nachdruck in der einzigen Sprache zu verleihen, die der Gegner versteht. Diese Sprache hätte die Erschießung des einen oder anderen Mörders unter den Geiseln erfordert. Das hätte möglicherweise zu einem anderen Ende geführt. Die Weltöffentlichkeit hätte einen anderen Diskussionsgegenstand als den jetzigen.

Der Fehler der Guerilleros bestand darin, dem Teufel den kleinen Finger zu geben. Sie hätten wissen können, daß er die ganze Hand nimmt.

Metin/Klaus

US-Liste über Terrorstaaten

Die US-Regierung hatte sich besonders eifrig (wenn auch mit vergleichsweise geringem Erfolg) darum bemüht, in der Weltöffentlichkeit die Tupac-Amaru-Guerilla als terroristisch in Erscheinung treten zu lassen. Was sie unter Terrorismus versteht, zeigt sich mal wieder deutlich an der Hitliste über die 7 Staaten, von denen nach Angaben des US-Außenministeriums 1996 der Terrorismus vor allem ausgeht. Angeführt wird diese Liste von

Kuba, es folgen Iran, Irak, Libyen, Nordkorea, Sudan und Syrien. Dem Terrorismus dieser Länder seien 1996 insgesamt 311 Menschen zum Opfer gefallen. Syrien hatte sich zuvor vergeblich darum bemüht, von der Liste gestrichen zu werden. Selbstredend tauchen in dieser Liste Länder wie Türkei, Zaire, Mexiko, Peru, Rußland überhaupt nicht auf, denn dort richtet sich ja der Terror der Regierenden nur gegen die vom Finanzkapital ausgeplünderte arme Bevölkerung und diejenigen, die sich für diese einsetzen - und so etwas interessiert den US-Imperialismus nicht. Seine Liste soll dem Kapital helfen zu entscheiden, wo es besser nichts investiert. Eine von uns erstellte Hitliste würde von den USA "gekrönt".

Aktion Marieni

In Kopenhagen besetzte am 28. April ein "Komitee Freiheit für die MRTA-Gefangenen" mehrere Stunden lang die peruanische Botschaft. Die Aktion Marieni wurde nach einer der Frauen benannt, die nach der Gefangennahme in der japanischen Botschaft in Lima von den Soldaten Fujimoris erschossen wurde. Die Tageszeitung DAGBLADET ARBEJDEREN vom 29.04.97 berichtet auch, daß die Leichen der 14 MRTA-Guerilleros, die noch am Tag nach der Erstürmung der japanischen Botschaft im Gebäude herumlagen, inzwischen in aller Heimlichkeit verscharrt worden sind, um eine medizinische Untersuchung, wie sie zu Tode gekommen sind, unmöglich zu machen. Peru will damit offenbar dem (auch von amnesty international in Erwägung gezogenen) Vorwurf, gegen die Genfer Konvention verstoßen zu haben, "begegnen". Aus Zürich kam die Meldung, daß bei der dortigen alternativen Kundgebung zum 1. Mai der Linken zwar ein Sprecher der MRTA nicht reden konnte, seine Ansprache aber per Video ausgestrahlt und übersetzt wurde.

Der Kampf und die Niederlage des Tupac Amaru

Als die Spanier in Amerika ein-
drangen, befand sich das theo-
kratische Imperium (= von ein-
nem als Gott verehrten Kaiser
geführtes Reich)* der Inkas,
dessen Macht auf das heutige
Peru, Bolivien und Ekuador
ausstrahlte und bis an den Nor-
den Argentiniens und den brasi-
lianischen Urwald reichte, auf
seinem Höhepunkt; der Azte-
kenbund hatte im Tal von Mexi-
ko ein hohes Organisationsni-
veau erreicht, und in Yukatan
und Mittelamerika lebte die
glanzvolle Mayazivilisation in
den Völkern, die sie geerbt hat-
ten und auf Arbeit und Krieg
eingestellt waren, fort.

Diese Gesellschaftsordnungen
haben trotz der lang anhaltenden
Zerstörung zahlreiche Zeugnisse
ihrer Größe hinterlassen: reli-
giöse Denkmäler, deren kluge
Anlage die der ägyptischen Py-
ramiden übertraf, wirksame
technische Schöpfungen im
Kampf gegen die Natur, Kunst-
gegenstände, in denen ein unge-
zähmtes Talent zutage tritt. Im
Museum von Lima sind Hun-
derte von Schädeln zu sehen, an
denen die Inkachirurgen Trepa-
nierungen (= Schädeloperation-
en)* vorgenommen und Gold-
und Silberplatten eingesetzt hat-
ten. Die Mayas waren große
Astronomen gewesen und hatten
mit erstaunlicher Präzision die
Zeit und auch den Raum gemes-
sen; sie hatten die Bedeutung
der Null früher als jedes andere
Volk in der Geschichte ent-
deckt. Die von den Azteken ge-
schaffenen Bewässerungskanäle
und künstlichen Inseln

blendeten Hernan Cortes, ob-
wohl sie nicht aus Gold waren.

Die "Conquista" (= Eroberung)*
zerbrach die Grundlagen dieser
Zivilisationen. Aber noch
schlimmere Folgen als das Feu-
er und das Blut des Krieges hat-
te die Einführung der Minen-
wirtschaft. Die Minen erforder-
ten große Bevölkerungsver-
schiebungen und rissen die
landwirtschaftlichen Gemein-
schaften auseinander: Ihnen fie-
len nicht nur zahllose Men-
schenleben infolge der Zwangs-
arbeit zum Opfer, sie vernichte-
ten auch indirekt das kollektive
Anbausystem. Die Indianer
wurden in die Schächte geführt,
der Knechtschaft der "En-
comenderos" (= "Statthalter"
über Siedlungen von in Hörig-
keit gehaltenen Indianern)* un-
terworfen und gezwungen, die
Ländereien, die sie notgedrun-
gen verließen oder vernachläs-
sigten, für nichts herzugeben.
An der Pazifikküste zerstörten
die Spanier die riesigen Anbau-
flächen von Mais, Jukka (= Ma-
niok, eine Pflanze, aus deren
Wurzeln Mehl gemacht wird)*,
Schmink- und Speckbohnen,
Erdnüssen, Süßkartoffeln, oder
ließen ihren Verfall zu; die Wü-
ste verschlang schnell bedeuten-
de Landflächen, denen das Be-
wässerungsnetz der Inkas Leben
eingehaucht hatte. Ein nordame-
rikanischer Sachverständiger
stellte 1936 die Schätzung auf,
daß, wenn in jenem Jahre die
Errichtung der Inkaterrassen mit
modernen Methoden vorgenom-
men worden wäre, die Kosten
etwa 30.000 Dollar pro Morgen

Land betragen hätten. Sowohl
die Terrassen wie die Aquäduk-
te zur Bewässerung waren in je-
nem Reich, das weder das Rad
noch das Pferd noch das Eisen
kannte, dank der bewunderns-
werten Organisation und techni-
schen Vollendung möglich, die
ihrerseits auf einer klug durch-
dachten Arbeitsteilung beruhten,
aber auch dank der religiösen
Kraft, die sich aus der Bezie-
hung der Menschen zur Erde er-
gab - der Erde, die heilig war
und daher ewiges Leben besaß.

Erstaunlich war auch die Form,
mit der die Azteken die Natur
bändigten. In unseren Tagen
sind den Touristen als "schwim-
mende Gärten" die wenigen üb-
riggebliebenen Inseln auf dem
trockengelegten See bekannt,
auf dem sich heute über den
Ruinen der Eingeborenenbauten
die Hauptstadt Mexiko erhebt.
Diese Inseln waren von den Az-
teken geschaffen worden, um
dem Problem des Landmangels
an dem zur Errichtung Tenuch-
titlans auserkorenen Ort zu be-
ggnen. Die Indianer hatten gro-
ße Mengen Lehm von den
Ufern herangezogen und hatten
die neuen Schlamminseln mit
dünnen Schilfwänden umgeben,
bis die Wurzeln der Bäume ih-
nen Festigkeit verliehen. Inmit-
ten der neugeschaffenen Land-
flächen schlängelten sich die
Wasserkanäle dahin. Auf diesen
ungewöhnlich fruchtbaren In-
seln wuchs die mächtige Haupt-
stadt der Azteken empor, mit ih-
ren weiten Alleen, ihren Palä-
sten voll herber Schönheit und
ihren treppenförmig

aufsteigenden Pyramiden. Auf magische Weise dem See entstieg, war sie dazu verurteilt, dem Ansturm der fremden Eroberungslust zu erliegen. Vier Jahrhunderte sollte dann Mexiko dazu brauchen, um eine ebenso zahlreiche Bevölkerung zu erreichen wie die, die in jenen Zeiten bestand.

Die Eingeborenen waren, wie Darcy Ribeiro sagt, der Brennstoff des Produktionssystems der Kolonie. "Es ist (historisch)* nahezu gesichert", schreibt Sergio Bagu, "daß in die spanischen Bergwerke Hunderte von indianischen Bildhauern, Architekten, Ingenieuren und Astronomen, mit der Sklavenmasse vermengt, getrieben wurden, um eine grobe und erschöpfende (= entkräftende)* Förderungsarbeit zu leisten. Die Kolonialwirtschaft war an den technischen Kenntnissen dieser Menschen nicht interessiert. Sie zählten nur als unqualifizierte Arbeiter." Aber nicht alle Splitter dieser zerbrochenen Kulturen gingen verloren. Die Hoffnung auf die Wiedergeburt der verlorenen Würde sollte zahlreiche Eingeborenenaufstände hervorrufen. 1781 belagerte Tupac Amaru Cuzco.

Dieser Mestizenhäuptling, ein direkter Nachkomme der Inkakaiser, stand an der Spitze der wichtigsten dieser messianischen und revolutionären Bewegungen. Die große Rebellion brach in der Provinz Tinta aus. Auf seinem weißen Pferd ritt Tupac Amaru auf dem Hauptplatz von Tungasuca ein, und unter Trommelgedröhn und "Pututus"-Klang kündigte er an, daß er den königlichen Landvogt Antonio Juan de Arriaga zum Tode durch den Galgen verurteilt hatte, und verfügte das Verbot der "Mita" (= zwangsweise Aufteilung des Lebens

der indianischen Bevölkerung in zwei "Hälften", eine für den König von Spanien, die andere für ihre eigene Familie)* in Potosi. Er schaffte alle Steuern und die "Zuteilung" der Arbeitskraft der Eingeborenen in allen ihren Formen ab. Die Eingeborenen gesellten sich zu Tausenden und Abertausenden der Truppe des "Vaters aller Armen, Elenden und Hilflosen" zu. Alle, die unter seinem Befehl in diesem Krieg fallen sollten, würden wiederauferstehen, um das Glück und den Reichtum zu genießen, deren sie die Eindringlinge beraubt hatten. Siege und Niederlagen wechselten einander ab; schließlich wurde Tupac Amaru von einem seiner Befehlshaber verraten und gefangengenommen und kettenbeladen den königlichen Truppen ausgeliefert. In seine Zelle trat der königliche Vertreter Areche und forderte unter Versprechungen die Namen der übrigen an der Rebellion Beteiligten. Tupac Amaru antwortete ihm mit Verachtung: "Hier gibt es keine Mitschuldigen außer dir und mir. Du als Unterdrücker und ich als Befreier verdienen den Tod."

Tupac wurde zusammen mit seiner Ehefrau, seinen Söhnen und seinen hauptsächlichen Parteilägern auf dem Platz von Wacaypata in Cuzco gefoltert. Man schnitt ihm die Zunge ab. Seine Arme und Beine wurden an vier Pferde gebunden, die ihn in vier Stücke reißen sollten, aber sein Körper teilte sich nicht. Er wurde am Fuße des Galgens geköpft. Sein Kopf wurde nach Tinta gebracht. Einer seiner Arme kam nach Tungasuca und der andere nach Carabaya. Man brachte ein Bein nach Santa Rosa und das andere nach Livitaca. Sein Rumpf wurde verbrannt und die Asche in den Fluß

Watanay gestreut. Man empfahl die Ausrottung seiner ganzen Nachkommenschaft bis zum vierten Grade.

1802 empfing Astorpilco, ein anderer von den Inkas abstammender Kazike (= Häuptling)*, Alexander von Humboldt. Der Besuch fand in Cajamarca genau an dem Ort statt, wo sein Vorfahr Atahualpa (= der letzte Inkakaiser, der von Pizarro wegen "Mißachtung des Christentums" auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde)* zum ersten Mal den Konquistador Pizarro erblickt hatte. Der Sohn des Häuptlings führte den deutschen Gelehrten durch die Ruinen des Dorfes und des einstigen Inkapalastes und sprach von den märchenhaften Schätzen, die unter dem Staub und der Asche verborgen lagen. "Habt ihr nicht manchmal Lust, nach den Schätzen zu graben, um mit ihnen eure Bedürfnisse zu befriedigen?" war die Frage, die Humboldt an ihn richtete. Und der junge Mann erwiderte: "Solch eine Lust liegt uns fern. Mein Vater sagt, wir würden damit eine Sünde begehen. Besäßen wir all die vergoldeten Zweige mit all ihren goldenen Früchten, so würden die Weißen uns hassen und uns Schaden zufügen." Der Häuptling bebaute ein kleines Feld mit Weizen. Aber auch das genügte nicht, um ihn vor der fremden Habgier zu bewahren. Die Usurpatoren (= Leute, die sich widerrechtlich Herrschaft angeeignet haben)* zögerten nicht lange, über die Ländereien herzufallen, sobald die Pflanzungen verlockende Gewinne versprachen. Der Raub dauert seit damals an, und als man 1969 in Peru die Agrarreform verkündete, meldeten die Zeitungen noch häufig, daß die Indianer aus den auseinandergerissenen Gemeinschaften auf den

Bergen von Zeit zu Zeit mit flatternden Fahnen in die Ländereien einbrachen, die ihnen oder ihren Vorfahren geraubt worden waren, und vom Heer mit Schüssen verjagt wurden. Es mußten fast zwei Jahrhunderte nach Tupac Amaru vergehen, bis der nationalistische General Juan Velasco Alvarado den unsterblichen Satz des Häuptlings wieder aufgriff und anwandte: "Bauer! Der Landherr wird nicht weiter deine Armut fressen."

Weitere Helden, deren Andenken trotz der erlittenen Niederlage von der Geschichte bewahrt wurde, waren die Mexikaner Hidalgo und Morelos. Der Priester Miguel Hidalgo, der bis zu seinem 50. Lebensjahr ein sanftmütiger Landpfarrer gewesen war, ließ eines Tages die Glocken der Kirche von Dolores läuten und rief die Indianer zum Kampf für ihre Befreiung auf. Nach weniger als 6 Wochen folgten ihm 80.000 Mann. Er ließ seine bewaffneten Scharen auf die Stadt Mexiko vorstoßen. Aber schließlich wurde er nach einer militärischen Niederlage hingerichtet und soll bei seinem Tode ein Zeugnis leidenschaftlicher Reue abgelegt haben. Doch es verging nur kurze Zeit, ehe die Revolution einen neuen Führer in dem Prieser Jose Maria Morelos fand: "Alle Reichen, alle

Adligen und alle führenden Funktionäre sind als Feinde zu betrachten ..." Seine Bewegung, die gleichzeitig Eingeborenenaufstand und soziale Revolution war, erlangte die Herrschaft über einen großen Teil des Gebietes von Mexiko, bis auch Morelos besiegt und erschossen wurde. Die Unabhängigkeit Mexikos, die 6 Jahre später ausgerufen wurde, "war eine rein spanische Angelegenheit, die zwischen Europäern und in Amerika geborenen Abkömmlingen

von Europäern ausgetragen wurde ..., ein politischer Kampf innerhalb ein und derselben herrschenden Schicht." Der Lehnsknecht verwandelte sich in einen Tagelöhner und der Lehnherr in einen Gutsbesitzer.

*) Erläuternde Hinweise der Redaktion. (Zur Geschichte Mexikos vgl. AntifaZ Nr. 46 ff)

(Text aus: Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, Peter Hammer Verlag Wuppertal 1980; leichte redaktionelle Überarbeitung an Hand des spanischen Textes "Las venas abiertas de America Latina", 61. Auflage 1980, Hrsg.: Siglo XXI Editores SA, Mexico DF, vorgenommen)

Anzeigen

DAS VERLANGEN DER TAMILEN NACH EINEM GERECHTEN FRIEDEN

Seit mehreren Jahrzehnten tobt ein blutiger Krieg in Sri Lanka. In diesem Buch wird auf die Geschichte des tamilischen Volkes und die verschiedenen Dimensionen der rassistischen Unterdrückung durch die singhalesischen Machthaber eingegangen. Desweiteren werden die gewaltfreien politischen Kämpfe der bürgerlich-tamilischen Parteien, bis hin zur Entwicklung bewaffneter Widerstandsorganisationen, aufgezeigt.



Ein Exemplar 7 DM plus 3 DM Versandkosten fünf Exemplare 25 DM plus 6,90 DM Versandkosten. Bei größeren Mengen bitte nachfragen.

Bestellungen an:

Welt Tamilen Verein e.V.
Postfach 56
73271 Holzmaden
Telefon: 02 09 / 7 69 56
Fax: 02 09 / 78 20 56

Nur gegen Vorauszahlung auf folgendes

Konto: 10350575
BLZ: 611 550 020
Kreissparkasse Kirchheim/Teck.

105. Seiten A5
(Der Bestellung bitte eine Kopie des Einzahlungsbelegs beifügen)



Menschenrechte für die Frau 1/97

- Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES
- Erste Erfolge der Kampagne für "Saubere" Kleidung
- Reise nach Algier
- Frauen in Osttimor

bei: TERRE DES FEMMES, PF 2565, 72015 Tübingen
Tel. 07071/24289. Preis: 6,50 DM + 1,50 DM Porto, bitte in Briefmarken. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Juli.

1. MAI 1997 -

WELTWEIT ZUNAHME DES WIDERSTANDS GEGEN SCHRANKENLOSE AUSBEUTUNG

In vielen Ländern kam es am diesjährigen 1. Mai zu Demonstrationen und Aktionen gegen die schrankenlose Ausplünderung dieses Planeten, gegen die wachsende Verelendung und gegen den zügellosen Abbau sozialer und demokratischer Rechte.

In Moskau demonstrierten Zehntausende gegen die Regierung und gegen den Ausverkauf des Landes an Kapitalisten und Mafiabosse, gegen Lohnraub und Entrechtung der Arbeiter.

In der Türkei gingen Hunderttausende auf die Straßen, um den Sturz der faschistisch-islamistischen Kreise zu fordern.

In Deutschland appellierten bei den vor allem vom DGB organisierten Mai-Kundgebungen die Gewerkschaftsführer an die Vernunft der Unternehmer, der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft geeignete Schritte entgegenzusetzen. Als ob diese Spaltung nicht längst Realität wäre.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der diesjährigen 1. Mai-Demonstration in Istanbul entgegengebracht, hatte doch die faschistische Polizei im vergangenen Jahr drei Menschen am 1. Mai erschossen. Telefonisch haben wir aus Istanbul folgenden Kurzbericht erhalten.

Erneut blutiger 1. Mai in Istanbul:

Der türkische Staat setzt seinen Banditenkurs fort. Schon am 29. April wurden in Istanbul das Hauptbüro der Zeitung Kurtulus, das Büro der Zeitung Devrimci Genclik, das Idil - Kulturzentrum, die Büros von TIYAD (Solidaritätsverein mit den Familien der Gefangenen), von Genel-Is (Gewerkschaft) und der Mitgliedsvereine der Plattform für Rechte und Freiheiten HÖP auf Befehl des Gouverneurs von der Polizei angegriffen.

Allein im Hauptbüro der sozialistischen Zeitung Kurtulus wurden 13 Menschen in Haft genommen. Auch in den Büros in Anatolien gab es Festnahmen. Ebenso griff die Polizei das Mezopotamya-Kulturzentrum (MKM), die Büros von Atilin und Alinteri an und nahm mehrere Menschen fest.

Kurz vor dem 1. Mai sollte durch diese massenhaften Inhaftierungen das Volk daran gehindert werden, am 1. Mai auf der Straße Rechenschaft für Susurlak vom Staat zu fordern.

Die Banditen hatten aber nicht die Kraft, unser Volk am 1. Mai daran zu hindern, Rechenschaft zu fordern.

Am 1. Mai demonstrierten in Istanbul über hunderttausend Menschen, über 40 000 hatten sich hinter den Plakaten und Fahnen der DHKC eingereiht.

Die Polizei provozierte gewaltsame Auseinandersetzungen, Hunderte wurden verletzt, Tausende wurden festgenommen.

Viele Busse mit Demonstrierenden mußten umkehren, da die Polizei die Straßen sperrte und keinen durchließ.

Welche konkreten Erlebnisse die "Internationale Beobachterdelegation" in Istanbul hatte, konnten wir noch nicht in Erfahrung bringen.

Leipzig: "Marschiert" wurde doch nicht !

Eine empfindliche Schlappe mußten die Faschisten am diesjährigen 1. Mai hinnehmen.

Zum einen verbot des Oberverwaltungsgericht Bautzen in letzter Instanz die Demonstration der NPD - entgegen der optimistischen Erwartung der Nazis - doch noch, zum anderen brachten sie auch keine Ersatzdemonstration zustande, von den 250 randalierenden Frustrierten in Hannoversch Münden mal abgesehen. Auch deren "Einfall" in das verschlafene Städtchen wurde von Polizei und nachgereisten 50 autonomen AntifaschistInnen bald beendet, 120 Neonazis wurden vorübergehend festgesetzt.

Insgeheim müssen die Faschos wohl fest davon ausgegangen sein, in Leipzig am "Völkerschlachtdenkmal" demonstrieren zu können, denn trotz der Umleitungsversuche landeten

immer wieder einzelne PKW-Besetzungen mit Nazis in den Kontrollen der 5000 kontrollierenden Polizisten, die - so die offizielle Sprachregelung - das Verbot konsequent "durchsetzen". Bloß da war nicht mehr viel durchzusetzen.

Klänglich waren schon die Versuche im Ruhrgebiet gescheitert, mehrere Busse auf die Reise zu schicken. So tauchte der Dortmunder Bus gar nicht erst auf, die angerückten Nazis wurden von einer doppelt so großen Zahl Antifas in Schach gehalten, dazwischen eine größere Ansammlung Polizei.

Dabei war die ursprüngliche Rechnung der NPD fast aufgegangen, hatte doch zuerst das Oberverwaltungsgericht Bautzen der NPD Recht gegeben - es handele sich um eine nicht verbotene Partei, wie gehabt -, doch die Stadt Leipzig verbot die Demonstration "einfach" noch einmal und legte dem Oberverwaltungsgericht angeblich neue "Erkenntnisse" vor.

Das ist natürlich blanker Unsinn, vielmehr ist davon auszugehen, dass durch den großen gesellschaftlichen Druck, den die NPD-Provokation hervorgerufen hatte, das Gericht sich eines anderen besann. Mit der Begründung, dass die vorhandenen Polizeikräfte nicht ausreichten, die zu erwartende Gewalt zu verhindern, wurde das Verbot nun letztinstanzlich verkündet.

In einer "Sondermeldung" rief das 'Nationale Infotelefon Rheinland' zu Ersatzdemonstrationen auf, die NPD habe "in weiser Voraussicht in Cottbus, Dresden, Bad Hersfeld und anderswo Demonstrationen angemeldet", aus der großspurig angekündigten Parole "Der nationale Widerstand marschiert auf jeden Fall" wurde dann allerdings gar nichts.

Offensichtlich hat der Faschistenaufmarsch am 1. März in München doch einiges in Bewegung gebracht, aber gegen die Nazis.

Traditionelles "Volksfest" in Recklinghausen:

Hunderttausend waren am 1. Mai auf dem Recklinghäuser Festspielhügel, aber nur 2-300 und nicht einmal die vermeldeten 1000 Menschen hörten die Rede des IG-Medien-Vorsitzenden Hentsche. Bei derartigen Reden wundert es auch keinen, dass dem DGB die Leute wegliefen.

Die offizielle Linie des DGB zum diesjährigen 1. Mai: Den Kapitalisten "beweisen", dass Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze schaffe, an die Unternehmer appellieren, es - in deren eigenem Interesse - nicht zu weit zu treiben ("Es geht ums Ganze"), sonst "drohe die Spaltung dieser Gesellschaft" und - wem auch immer - nachzuweisen, dass entlassene Arbeiter nach Jahren der Arbeitslosigkeit nicht mehr besonders motiviert seien, sich für diesen Staat stark zu machen. Ja, welch tiefschürfende Erkenntnis.

Das Volk hat solche "Sonntagsreden" zum Überdruß satt, und da, wo die Rahmenbedingungen für massivere Proteste vorhanden sind, zeigt es dies auch in aller Deutlichkeit:

Traditionelle Militanz in Berlin:

Die offizielle DGB-Kundgebung für Berlin und Brandenburg fand in der brandenburgischen Provinzstadt Neuruppin statt, an ihr nahmen sage und schreibe 500 Menschen teil.

Etwa 5000 waren es, die auf dem Alex dem ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai zuhörten.

Die gleiche Anzahl Polizisten wurde dagegen aufgeboten, um die Mai-Demonstrationen in den Bezirken Mitte und Kreuzberg auseinanderzuknüppeln.

Dies war das erklärte Ziel des Berliner Innensenators.

"Knüppel frei" lautete die Parole für die Polizei gegen die "Revolutionäre Mai-Demonstration", zu der zahlreiche linke, autonome und antifaschistische Organisationen aufgerufen hatten.

Weit über 10 000 Leute demonstrierten vom Rosa-Luxemburg-Platz zum Rosenthaler Platz in Berlin-Mitte, in Kreuzberg demonstrierten etwa 500 Anhänger der "Revolutionären Kommunisten". Hierbei wurden 12 Menschen festgenommen.

Bereits im Vorfeld hatte Innenminister und Ex-General Jörg Schönbohm (CDU) angekündigt, dass er in diesem Jahr auf De-Eskalation verzichten und die "Eingriffschwelle" möglichst niedrig halten wolle.

In Prenzlauer Berg mußten die BürgerInnen bereits am Mittwochabend massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit hinnehmen. Um Auseinandersetzungen zu verhindern, hatte die Polizei das Gebiet um die 'Touristenmeile' weiträumig abgesperrt, sämtliche Kneipen hatten geschlossen. Den Anwohnern hatte die Polizei vorher mitgeteilt, sie sollten ihre Ausweise mit sich führen. dennoch ließ die Polizei zahlreiche der 10000 Anwohner dieses zum Sperrgebiet erklärten Bereichs nicht passieren.

Insgesamt sprachen die Polizisten in der Nacht vor dem 1. Mai 200 Platzverbote aus und nahm 59 Personen fest.

Schönbohms militärische Erläuterung gegenüber der FAZ: Man müsse einen "flexiblen Raumschutz" gewährleisten. das

wichtigste sei, wie man seine Reserven einsetze. Das, so der Ex-General, "ist wie im Gefecht".

Wir sehen: Allzu sehr sind die Verhältnisse in Berlin und Istanbul nicht mehr voneinander entfernt. Der Berliner Innenminister machte deutlich, dass auch der deutsche Staat gegen zunehmenden Widerstand als letztes Mittel den offenen "Krieg" bereit hält.

Es ist an der Zeit, dass sich die "Proletarier aller Länder" zusammenschließen, um gemeinsam zu kämpfen.

Internationales Maifest des AFB Ruhrgebiet:

Mit 30 TeilnehmerInnen veranstaltete der AFB Ruhrgebiet ein Maifest im Recklinghäuser Internationalen und Antifa-Zentrum. Es wurden eine Rede in deutscher und türkischer Sprache gehalten.

Bei reichlich Essen und Trinken begeisterten die Lieder der deutsch-türkisch-kurdischen Gruppe "Simko" die Anwesenden, es kam zu einer lebhaften Diskussion, insbesondere darüber, welche Aufgaben wir internationalen AntifaschistInnen in Zukunft zu bewältigen haben. Wir dokumentieren im folgenden den Beitrag des AFB-Vertreters:

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossen und Genossen !

Der 1. Mai ist der Internationale Kampftag der Arbeiterklassen und unterdrückten Völker aller Länder. Unsere geschichtlich wichtigste Zielsetzung lautet: Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

Am 1. Mai halten wir Rückschau und Vorausschau. Wie weit sind wir diesem Ziel nähergekommen, welche Rückschläge haben wir erlitten, was sind unsere zukünftigen Aufgaben ?

Wir gedenken zugleich aller gefallenen Kämpfer für Freiheit, Frieden und Sozialismus, der Märtyrer und Revolutionäre, der Toten des Todesfastens in den türkischen Knästen, der hingemetzelten Genossen der MRTA, die in der japanischen Botschaft in Lima ihr Leben verloren.

Wie haben sich die Kämpfe im vergangenen Jahr entwickelt ?

Ich denke, in einem gewissen Sinne spiegelt der Entwicklungsstand des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes die Situation auch der übrigen Welt wider - insgesamt sind in der Welt Bedingungen für den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus herangereift.

Zwar hat der Zusammenbruch des vormals sozialistischen Lagers die weltweite Offensive des Kapitalismus und Imperialismus zeitweilig verbessert, doch die wenigen Jahre nach dem Zusammenbruch der Länder des RGW machten in vielen Ländern außerordentlich deutlich, wie wenig der Kapitalismus in der Lage ist, den Völkern eine friedliche Zukunft, eine soziale und humane Perspektive zu bieten.

Das Gegenteil ist der Fall: Der weltweite Sieg der kapitalistischen Produktionsweise stellt sich doch in Wahrheit als eine Zuspitzung der Widersprüche der kapitalistischen Länder dar, zwischen den imperialistischen Monopolgruppen und ihren regionalen Handlangern ist die Konkurrenz auf neuer Stufenleiter entbrannt.

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist in vollem Gange, in Form eines rücksichtslosen Wirtschaftskrieges, der unter der ideologischen Flagge des Neoliberalismus geführt wird..

Die weltweit verschärfte Ausbeutung der Arbeitskräfte, die rücksichtslose Auspressung der Naturressourcen läßt die Arbeiterklassen und unterdrückten Völker enger zusammenrücken: Die Welt ist kleiner und überschaubarer geworden, dieser Prozeß ist historisch von großer Bedeutung.

Die Streikkämpfe der Arbeiter in Südkorea, der Kampf der Indigenas in Lateinamerika, die Befreiungsbewegungen in Kurdistan und der Türkei, der Völkermord an den Flüchtlingen in Afrika, das vom Hungertod bedrohte Volk in Nordkorea, die Kämpfe der albanischen Massen gegen korrupte Staatsbetrüger - all dies ist heute Teil unserer Realität, betrifft uns ganz konkret.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung ist die internationale Solidarität von einer oft theoretisch-moralischen Dimension zu einer konkreten politischen Frage geworden.

Die in den türkischen Knästen Gefallen kennen wir mit den Namen, sie sind unsere Schwestern und Brüder.

Ohne hier eine vollständige Analyse der heutigen Welt vorlegen zu wollen, möchte ich feststellen, dass weltweit zwischen den Kräften des Fortschritts und denen des Imperialismus keineswegs ein Ungleichgewicht, sondern weitgehend der Zustand eines strategischen Gleichgewichts der Kräfte existiert. Die Imperialisten können nicht mehr frei schalten und walten, doch auch die Revolutionäre sind zur Zeit

nicht in der Lage, entscheidende Siege zu erringen - insofern ähnelt diese Lage der Situation in Kurdistan.

Und in Deutschland?

Die Kämpfe der Bergleute, die der Stahlarbeiter, sie machen eins ganz deutlich: Die Menschen in diesem Land sind zweifellos nicht länger bereit, den maßlosen Sozialabbau hinzunehmen. Angesichts des immer offeneren Zutagetretens der Macht der Banken und Konzerne sind viele sehr wohl bereit zu kämpfen, was aber fehlt, ist eine politische und organisatorische Alternative zum Bestehenden, ist eine gesellschaftliche Kraft, die über den Kapitalismus hinausweist. Was erreichen denn letztendlich die Bergleute, wenn im Jahr 2010 die letzte Zeche stillgelegt wird?

Dennoch waren die Kämpfe der Bergarbeiter von besonderer Bedeutung, haben sie doch gezeigt, dass durch die Kraft der Arbeiter die herrschende Legitimität durchbrochen werden kann.

Es ist kein Zufall, dass am diesjährigen 1. Mai die Faschisten es zum 1. Mal wagen können, als organisierte Kraft den Anspruch zu erheben, angeblich Interessen von Arbeitern und kleinen Leuten zu vertreten und die Strasse für sich beanspruchen.

Provokationen ähnlicher Art hat es auch in den vergangenen Jahren gegeben, sie konnten aber allesamt zurückgeschlagen werden. Dies wird in diesem Jahr vermutlich zum ersten Mal nicht in vollem Umfang gelingen.

Mit der nicht verbotenen Demonstration von 5000 Nazis am 1. März in München gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" haben sie einen wichtigen Teilsieg errungen,

den sie morgen in Leipzig ausbauen wollen.

Die einzige Antwort auf diese Provokation kann nur sein, ihnen die Straße streitig zu machen.

Dass wir uns in diesem Kampf auf den bürgerlichen Staat nicht verlassen können, hat die Genehmigung der NPD-Demonstration durch das Oberverwaltungsgericht Bautzen am Montag erneut gezeigt. Wenn die Demonstration nach dem erneuten Verbot durch die Stadt Leipzig in letzter Instanz doch noch verboten werden sollte, dann nur deshalb, weil der antifaschistische Druck übergroß wurde und dieser Staat es sich - noch - nicht leisten kann, mit 5000 Polizisten gegen 40 000 Gewerkschafter den Faschisten die Straßen freizuknüppeln.

Die Faschisten wollen nicht zufällig am Völkerschlachtdenkmal demonstrieren.

Hier fand 1925 der "Erste deutsche Reichskriegertag" statt, 1933 das "Sachsentreffen der NSDAP mit Hitler, Himmler und Röhm, hier ehrte Gauleiter Martin Mutschmann 1943 die Toten der alliierten Luftangriffe auf Leipzig und beschwor den "Endsieg".

Die Faschisten wittern nicht zu Unrecht Morgenluft: Die Entwicklung des deutschen Kapitals, die Entwicklung der äußersten rechten Kräfte in diesem Land zeigen ihnen, dass der Staat und das Kapital keinen Augenblick zögern werden, erneut eine faschistische Diktatur in Deutschland zu errichten.

Wer vom Faschismus spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen, dies gilt auch heute und heute zunehmend mehr.

Was ist zu tun?

Angesichts der reaktionären Formierung ist eine der wesentlichen Aufgaben der kommenden Zeit, eine Massenbewegung mit zu initiieren, die den Faschisten das Recht auf die Straße streitig macht.

Keinen Kußbreit den Faschisten, diese Forderung muß konkret und wörtlich umgesetzt werden, dazu müssen wir politisch breit in die Bevölkerung hineinwirken.

Dem nationalistischen und rassistischen Gedankengut entgentreten und eine neue, internationalistische, antirassistische, antisexistische und humane Kultur entwickeln.

Alle Arten linker, demokratischer und sozialistischer, revolutionärer und antikapitalistischer Zusammenschlüsse unterstützen.

In diesem Sinne ist auch der heutige Abend vor dem 1. Mai zu sehen - als kleiner Beitrag in einer grossen internationalen Aufgabe.

Hoch die Internationale Solidarität - Es lebe der 1. Mai!

Antifaschistischer Bund
Ruhrgebiet (AFB)

Theater Kunst



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-18^h
Samstage 10^h-14^h & langer Samstag

A propos Krefeld:

Ein nicht ganz alltäglicher Mord

Da verbrennen eine alevitische Frau und zwei ihrer vier Kinder in ihrer Krefelder Wohnung, die anderen beiden werden schwer verletzt. Eine Tochter (15 Jahre alt) liegt noch im Koma.

Fast schon automatisch denkt man an einen unter den viel zu vielen faschistischen Brandanschlägen hierzulande (oder wie jüngst in Den Haag) - sei es nun einer von deutschen, türkischen oder sonstigen Faschisten der Schengen-Festung Europa.

Es stellt sich aber (will man den bisherigen polizeilichen Ermittlungen glauben - im konkreten Fall scheint nichts Greifbares dagegen zu sprechen) heraus, daß hier ein Streit in einer in den Ruin getriebenen Familie eskaliert ist und daß möglicherweise ein Ehemann und Vater, der laut Bekunden einiger seiner Nachbarn zumindest seine Kinder geliebt haben soll, Benzin in der im 3. Stock eines Hochhauses gelegenen Wohnung ausgegossen und in Brand gesteckt hat. Die Familie hat seit rund 30 Jahren in Deutschland gelebt, die Kinder sind im Alter zwischen 19 und 15 Jahren gewesen.

Ein krimineller Hintergrund? Ein Verbrechen auf jeden Fall, auch wenn die Tat aus Verzweiflung, im besoffenen Kopf, verübt worden sein sollte. Ob der Arbeiter Aziz Demir ein notorischer Spieler ist, der derart verkommen ist, daß er seine eigene Familie "geopfert" hat? Das wird das Gericht erkunden müssen.

Mord aus verletzter Männerehre?

Indes stellt sich sogleich ein weiteres Klischee ein, das durch den Medienwald geistert: Mord aus verletztem Männerstolz. Das kennt man ja. Das passiert auch oft genug, gerade auch in türkischen Familien.

Ist der mordende Familienvater ein Macho, der sich seit längerem durch Verprügeln seiner Frau und Kinder Respekt zu verschaffen versucht hat, wie es in den Medien ausgebreitet worden ist? Verhältnismäßig viele Männer aus der Türkei sind es. Gekränkte Männerehre?

Die Meldung, daß er eine Prostituierte mit in seine Wohnung genommen haben soll, ließe sich verschieden deuten: Es kann sein, daß darin die Verachtung eines männlichen Tyrannen der Frau und Mutter seiner Kinder gegenüber zum Ausdruck kommt. Auch eine andere Deutung wäre denkbar: Seine Frau hat ihn nicht mehr an sich

herangelassen, und er hat ihr demonstriert, wessen er bedarf. In beidem käme ein männliches Machtgehabe, das die Frau vor allem aufs Bett hin zurichten will und nicht als gleichberechtigten Menschen betrachtet, zum Ausdruck.

In der türkischen Gesellschaft ist der Machismus auch heute noch vorherrschend - und der Klerikalfaschismus a la Erbakan verstärkt diese Tendenz. Der Kampf der Geschlechter zwischen Menschen aus der Türkei ist jedenfalls im allgemeinen für die Frau härter als der zwischen Menschen deutscher Herkunft. Scheidung gibt es da oft nur "auf italienisch".

Auch in deutschen Ehen und Familien kommen Mord und Totschlag vor, die gerade aktuelle Neuauflage des Prozesses um Monika Böttcher ist ein Beispiel dafür. Nach ihrem (nach vor-schneller Verurteilung und 9 Jahren Haft) zu Recht erfolgten Freispruch bleibt der Mord an

ihren Töchtern bis auf weiteres unaufgeklärt und ungesühnt.

Deutsche Männer, die mit deutschen Frauen nicht zurecht kommen, holen sich, wenn sie das Geld dafür haben, eine - meist sehr viel jüngere - Exotin aus Thailand oder den Philippinen, die sie häufig ein paar Jahre beherrschen können, bis die Frau daran zugrunde gegangen oder gewitzt genug geworden ist, um ihrem "Macker" von der Fahne zu gehen. Kinderpornografie und -prostitution greifen auch hierzulande um sich, bis hin zum Mord an den zuvor nach Strich und Faden "ausgeschlachteten" Kindern. Und die "Angebote" werden offen über Internet gemacht, ohne daß dem Einhalt geboten würde. Das sind deutliche Zeichen von Dekadenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Alles scheint käuflich, einschließlich der Behörden, die (wie in Belgien) einfach die Augen zumachen.

Frauen aus der Türkei haben entweder eine unterwürfige Haltung oder aber sind sehr selbstbewußt; ein Mittelding gibt es unter ihnen selten.

Allerdings ist die alevitische Ausrichtung des Islam, wie sie vor allem unter kurdischen Menschen in der Türkei verbreitet ist, traditionell relativ demokratisch und an Gleichberechtigung von Mann und Frau orientiert. Dieser

Hintergrund mag etwa bei der Scheidungsandrohung (wenn es sie denn wirklich gab) durch die Ehefrau eine Rolle gespielt haben.

Indizien?

Indiz für die Beschuldigung des Ehemanns und Vaters: Er soll auf dem Videofilm einer Tankstelle als die Person erkannt worden sein, die dort kurz zuvor Benzin in einen Kanister gezapft hat. Der Beschuldigte verlangt, den Film selbst zu sehen. Die Staatsanwaltschaft will sich dieses wertvolle Beweismittel "unangetastet" erhalten, kann der Verteidigung dessen Ansicht aber nicht verwehren. Diese erkennt ihn darauf nicht, wohl aber wenig später seine eigene Tochter. Aziz Demir sitzt jedenfalls in U-Haft.

Zeugen? Es gibt Leute - einschließlich des Kneipers -, die Stein und Bein darauf schwören, daß er zur Tatzeit in seiner Stammkneipe war; diese waren um diese Zeit jedoch durchweg "blau"; die Ehefrau des Wirts war sich im Gegensatz zu den Männern jedoch nicht so sicher. Es gibt andererseits Leute, die ihn um die Tatzeit herum mit



Spontanaktion auch in Recklinghausen

einem Benzinkanister gesehen haben wollen. Sein Anwalt jedoch verweist darauf, daß 50.000 DM Belohnung Zeugen auch zu "geschönten" Aussagen veranlassen können.

Es ist derselbe Anwalt, der in Solingen die Familie Genc als Nebenklagepartei vertrat. Er geht von der Unschuld seines - von der Leitung der JVA als selbstmordgefährdet angesehenen - Mandanten aus.

Voreilige politische Ausdeutung des Anschlags

Die Tat scheint jedenfalls nicht vordergründig politisch motiviert - der Ort (3. Stock) spricht eher für eine Auseinandersetzung auf persönlicher Ebene - und wäre für eine antifaschistische Berichterstattung nicht weiter von Interesse, wäre sie nicht von verschiedenen Seiten, ohne daß schon nähere Kenntnis über den tatsächlichen Hintergrund vorgelegen hat, als faschistisch motiviert aufgefaßt und für jeweils eigene Zwecke genutzt worden.

Und auch dann hat nicht jede(r) geglaubt, was die Polizei

vortrug. Zu oft hat man erlebt, wie Mordtaten mit faschistischem Hintergrund von den Behörden hierzulande umgelogen worden sind. Lübeck ist nur ein zur Zeit besonders skandalträchtiges Beispiel.

Im vorliegenden Fall allerdings wird die etwa von Anhängern von DIDF (= Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei) oder ATIF (= Föderation türkischer Arbeiter in Europa) in Parolen oder auf Plakaten zum Ausdruck gebrachte, auf allgemeiner Erfahrung hierzulande basierende Behauptung eines fremdenfeindlichen Anschlages nicht bestätigt. Auch der Antifaschistische Bund (AFB) Recklinghausen ist zunächst von dieser unbestätigten Annahme ausgegangen und hat ein entsprechendes Flugblatt verteilt. Das muß selbstkritisch vermerkt werden.

Ihnen und uns mag man diesen Schnellschuß noch durchgehen lassen, wenn er auch nicht gerade von politischer Vorsicht und Sorgfalt kündigt, wie man sie von Menschen, die sich als Verfechter von Demokratie oder

Sozialismus verstehen, verlangen muß.

Die genannten Aktionen sind dennoch nicht völlig "daneben" gewesen, denn der Krefelder Anschlag ist nur einer von mehreren Brandanschlägen, um die es geht und bei denen es in der Osterwoche Tote gegeben hat - und zumindest in Den Haag, wo 5 Menschen verbrannt sind, ist die faschistische Täterschaft unbestritten.

Aufbauschung durch die türkische Regierung

Anders dagegen verhält es sich mit den Reaktionen der ins gleiche Horn tutenden Regierung in Ankara und der in deren Sinne tätigen Medien, die bisher mit ihrer Kampagne für den sauberen Staat, mit dem sich diese Saubermänner und Sauberfrauen aus dem Sumpf, von dem sie leben, ziehen möchten, so kläglich gescheitert sind. Neben Ciller hat insbesondere die jetzige Innenministerin Aksener, von der Ciller-Partei "des gerechten Weges" bestellte Amtsnachfolgerin des durch die Susurluk-Affäre hochgradig belasteten und daher in den einstweiligen Ruhestand gedrängten Mehmet Agar, wie eine Elefant in Porzellanladen besonders schrille Töne angeschlagen: Die Deutschen könnten die Türken nur aus ihrem Land schmeißen, indem sie sie verbrennen.

Die türkische Regierung hat gerade eine Demütigung durch Kinkel schlucken müssen, der in Ankara erklärt hat, die Bundesregierung stimme dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union nicht zu. Er hat dafür die Mißachtung der Menschenrechte in der Türkei als Begründung geltend gemacht. Nun weiß natürlich jede(r), was das für eine

Heuchelei ist, wenn man an eben solchen Menschenrechtsverletzungen kräftig mitverdient.

Und bei anderer Gelegenheit hat es die Bonner Führungsspitze mit den Menschenrechten auch nicht so genau genommen. Man wird dieser Tage mal wieder an den Massenmord in Halabja (Irak-Kurdistan) von 1988 erinnert, bei dem die Bevölkerung einer ganzen Stadt mit dem in deutscher Lizenz hergestellten Giftgas Tabun ermordet wurde. Als das hier bekannt wurde, während des Golfkrieges der USA und ihrer Alliierten gegen den Irak, wurden - weil es der Große Bruder George Bush so wünschte - pro Forma Strafverfahren gegen einige deutsche Waffenfirmen eingeleitet und ein paar Manager sogar verurteilt. Darüber ist dann sehr schnell Gras gewachsen. Zur Zeit wird in Teheran damit gedroht, einigen deutschen Firmen für ihre Waffengeschäfte mit Saddam Hussein den Prozeß zu machen - als Gegenzug zum Mykonos-Prozeß in Berlin, bei dem die iranische Regierung als Auftraggeberin an dem Mord an vier Exilpolitikern der (durch die Errichtung der von den Truppen des Schahs 1946 zertrümmerten Kurdischen Republik Mahabad bekannten) Demokratischen Partei von Kurdistan/Iran im Berliner Restaurant "Mykonos" ins Gerede geraten ist. Dreck am Stecken haben beide Seiten übergenug.

Für die türkische Regierung hat der Mordbrand von Krefeld offenbar einen willkommenen Anlaß geboten, das angesichts ihrer gesamten bisherigen Politik des sozialen Kahlschlags und Krieges und der bei dem Autounfall von Susurluk schlaglichtartig ins Bewußtsein der breiten Massen gelangten engen personellen

Verquickung von Regierung, Faschismus und Mafia in der eigenen Bevölkerung weitgehend verspielte Vertrauen durch das Anschlagen plump nationalistischer Töne gegen ihren Bonner Senior-Partner zurückzugewinnen.

Zur Bonner Reaktion auf die Beleidigung aus Ankara

Ausgerechnet Kanther, der mit seiner zutiefst inhumanen Asylpolitik und jüngst mit der Kindervisum-Verhängung (durch die der oben angesprochene, durch Schlepperbanden betriebene Kinderhandel, der als Begründung dafür herhalten mußte, mitnichten beeinträchtigt wird) viel zum Unfrieden beigetragen hat, fordert jetzt eine Entschuldigung der türkischen Regierung ein. So werden öffentlich systematisch falsche Fronten errichtet, während man sich hinter dem Rücken der Völker gegenseitig die Bälle zuschiebt. Das Gespann Kohl/Kinkel/Kanther hat sich diese Natter am eigenen Busen geradezu herangezüchtet und hat sich daher öffentliche Bekundungen, in denen diese ihren wahren Charakter dokumentiert, selbst zuzuschreiben. Es ist schon was Wahres dran an dem Sprichwort: "Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist." Aber es gilt auch: "Pack schlägt sich, Pack verträgt sich." Morgen herrscht wieder eitel Sonnenschein zwischen diesen Streithähnen von heute.

Angesichts des verbrecherischen Kalibers dieses Regimes wäre es nicht abwegig zu mutmaßen, daß es sich solche Brände auch mal selbst bestellt, wenn das in sein Kalkül paßt. Diesen Verdacht muß man jedenfalls immer, wenn dergleichen geschieht, mit im Kopf haben. In

Sivas beispielsweise ist das vor ein paar Jahren, als dort ein Hotel in Brand gesetzt worden ist und 37 großenteils alevitische Kulturschaffende, die - da sie mit Aziz Nesin, dem Herausgeber des türkischen Textes der "Satanischen Verse" von Salman Rushdie, an einem Tisch saßen, von den Klerikalfaschisten allesamt für gottlos und damit todeswürdig erklärt worden waren, verbrannt sind, vorgebracht worden.

Stellung nehmen wollen wir allerdings zu Erbakans Vergleich Kohls mit Hitler. Wir verteidigen den noch amtierenden Bundeskanzler, der sich seit seiner Machtübernahme durch eine arbeiterfeindliche Politik profiliert hat, nicht gern, aber in diesem Punkt müssen wir es. Ähnlich dem "Korken" (wie Hitler, der gnadenlos auch eigene Parteigänger wie Röhm opfern konnte, wenn sie seinen Interessen im Wege waren, in gehobenen Kreisen damals hieß), hat Kohl ein feines Gespür für die jeweiligen Machtverhältnisse und nutzt diese opportunistisch für sich: Hitlersches Kaliber aber hat er nicht. Die türkische Regierung macht sich da mit ihrer maßlosen Bezeichnungsmannie einmal mehr lächerlich.

Sich sonderlich darüber aufregen, daß ihm hier von einer befreundeten Regierung übel mitgespielt worden ist, kann Kohl indes auch nicht so recht. Im Gegenteil: Er müßte eigentlich Verständnis für seinen Junior-Partner aufbringen. Man erinnert sich unwillkürlich an Kohls Vergleich Gorbatschows mit Goebbels vor einigen Jahren. Damals sah er Gorbatschow noch für einen Kommunisten an, was dieser glühende Antikommunist auch da mitnichten war.

Kohl wollte damals - im Interesse des von ihm vorrangig vertretenen deutschen Finanzkapitalismus - den Kommunismus diffamieren und bediente sich einer in der McCarthy-Ära in den Giftküchen der USA zusammengebrachten und in der Totalitarismus-These durch eine Gleichsetzung von Kommunismus mit Faschismus scheinwissenschaftlich untermauerten Kalte-Kriegs-Hetze gegen den Kommunismus, einer Hetze, die heute eine gewisse Fortsetzung in einer pauschalen Verteufelung islamischer Länder findet und im Grunde genommen ebenfalls nur der imperialistischen Machtfestigung und -ausdehnung dient. Kohl sitzt also gewissermaßen im Glashaus.

Und daß ein Regime, das er mit seiner Politik seit Jahrzehnten aus wohlwogeneren Interessen des deutschen Großkapitals heraus nach Kräften hat stabilisieren helfen, sich dermaßen entblättert, blamiert natürlich auch die Bonner Innung - sprich: die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft, z.B. gegen das kurdische Volk.

Diese Brüderschaft basiert vor allem auch auf einem finanzkapitalistischen Abhängigkeitsverhältnis der Türkei von Deutschland, und da bemüht sich die türkische Seite gelegentlich, außenpolitisch ein wenig gegen den Stachel zu löcken, um sich stärker darzustellen, als sie ist, und sich so innenpolitisch lieb Kind zu machen.

Der türkische Staat und seine Gegner

Das türkische Mafia-Regime hat die Trauerfeier der Aleviten in Köln dazu benutzt, die Särge der Toten mit der Fahne des türkischen Staates zuzudecken, und damit die kurdische Seite geradezu herausgefordert, die in

Anwesenheit des türkischen Botschafters, der im Unterschied zu Solingen hier ein ungebetener Gast ist, den man aber - da die Särge in die Türkei ausgeflogen werden sollen - nicht einfach ausladen kann, eine kurdische Fahne obenauf legt. Fahnen dienen offenbar dazu, den Haß beider Seiten aufeinander zum Ausdruck zu bringen. Diese symbolische Handlung heißt hier: "Diese Toten sind nicht eure Leute, nicht Anhänger des türkischen Staates, das sind unsere Leute, die mit dem türkischen Staat nichts zu tun haben." Separatismus aber gilt in der heutigen Republik Türkei als ein todeswürdiges Verbrechen, und so darf der türkische Botschafter auch in Deutschland diesen Affront nicht hinnehmen.

Zugleich hallen dem Botschafter Volkan Vural Rufe wie "Fasizme ölüm!" (= Tod dem Faschismus!) entgegen, die er völlig zu Recht nur auf den von ihm vertretenen Staat bezieht. Daran ist nichts Anstößiges, schon gar nicht für die Bundesrepublik: Es ist ein Spiegelbild der politischen Gegebenheiten in der Türkei. Und es ist ein Ausdruck der Tatsache, daß auch bei uns rund 70 % der türkischen Jugendlichen mit Hilfe von sehr viel Geld und Geschick aus vielen vom türkischen Staat geförderten Moschee-Vereinen von DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) und AMGT (Vereinigung der Neuen Weltansicht in Europa) in Deutschland heraus im Fahrwasser des türkischen Faschismus bzw. Klerikalfaschismus gehalten werden und dort mitschwimmen.

Und so brechen denn auch der Botschafter und seine Begleiter mitten in der Trauerfeier des

alevitischen (kurdischen) Vereins, dessen Mitglieder die Toten (ebenso wie das von der Kriminalpolizei als ihr Mörder verdächtige Familienoberhaupt) gewesen sind, wegen der kurdischen Fahne eine handfeste Auseinandersetzung vom Zaun. Wie kommen diese Kurden auch dazu, in Deutschland ihre Identität zum Ausdruck bringen zu wollen! Das ist für den Vertreter der Türkei eine Beleidigung. Da muß er doch dreinschlagen. Seinen Schlägertrupp hat er für einen solchen Fall vorsorglich mitgebracht. Klar doch! Und er kann sich hier auf das stille Einverständnis der eben noch von seinen Auftraggebern beleidigten Kohl, Kinkel und Kanther verlassen. Der Haß gegen den Faschismus ist - ganz im Unterschied zum von den Faschisten geschürten und für ihre schmutzigen Zwecke genutzten Haß - demokratisch legitimiert und geradezu

gefordert. Demokraten auch in Deutschland müßten das begrüßen und dürften sich nicht peinlich berührt fühlen. Im Unterschied zu den meisten deutschen Medien, die - weil sie diesen Hintergrund aussparen, lediglich etwas davon wissen, daß der Alevitismus die zweitgrößte Glaubensgruppe in der Türkei ist, und die auch nichts von dem hundertfachen Mord an den Aleviten in Kahraman Maras 1978 zu berichten wissen, bei dem der jetzige Ministerpräsident der Türkei seine schmutzigen Finger im Spiel hatte, ein Mord, der die Lage für das durch den Putsch vom 12. September 1980 an die Macht gehievte faschistische Militärregime reif machte, dessen "Anti-Terror"-Gesetze bis heute das gesellschaftliche Leben in der Türkei vergiften - all das nur für skurril und unverständlich erklären können, ist diese Konfrontation und die

dahinter stehende Unversöhnlichkeit den meisten Menschen aus der Türkei, auf welcher der beiden Seiten sie auch stehen mögen, aufgrund der gemeinsamen Lebenszusammenhänge und mörderischen Erfahrungen durchweg klar und einsichtig. Seit dem 5. April ist in der Türkei übrigens Staatstrauer angesagt: Einem Herzinfarkt erlegen ist ein Mann, mit dem sowohl der jetzige Staatspräsident der Türkei als auch der Ministerpräsident bereits mehrere Koalitionsregierungen hinter sich hat, ein Mann, dessen Organisation in Kahraman Maras mit von der Partie war und der auch bei deutschen Faschisten wie etwa Gerhard Frey gelegentlich zu Gast war: Es ist kein geringerer als Oberst Alparslan Türkeş, der Basbug (= Führer) der Grauen Wölfe.

KD

Anzeigen

SONNENBLUME

NATURKOST
 Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle

Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung


HUTZEL

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

DER NAME DES KRIEGES GEGEN DAS VOLK IST KONTERGUERRILLA (TEIL III)

In welchen Institutionen und wie ist die Konterguerilla organisiert ?

Die Kommandantur der 'Besonderen Streitkräfte'

Als die Konterguerilla der Türkei im Jahre 1952 unter dem Namen "**Institut zur Untersuchung der Kriegssituation**" (IUK) gegründet wurde, konnte man sie vielleicht wie ähnliche Institutionen in Europa als "eine dunkle (= unbekannt) Kraft im Staat" beschreiben. Heute jedoch ist eine derartige Beschreibung angesichts des institutionalisierten Faschismus nicht mehr zulässig.

Die erste Konterguerilla-Institution entwickelte sich mit dem Anwachsen der Klassenkämpfe, ihre Organisation wurde erweitert und hat sich zu einem Mechanismus entwickelt, der den gesamten Staat beherrscht.

Das IUK kann als der Kern der heute zum Krieg gegen das Volk eingesetzten 'Besonderen Streitkräfte' bezeichnet werden. Es wurde 1952 ohne jegliche Gesetzesgrundlage als geheimes Konterguerilla-Zentrum, gebunden an den Generalstab, gegründet. Bis zum Jahre 1974 war seine Existenz nicht bekannt. In keinem Dokument und keinem Archiv war seine Existenz belegt. Nachdem dies bekannt wurde, behauptete man, dass die Organisation nur im Fall eines Krieges gegen die Besetzung durch feindliche Kräfte eingesetzt werden solle. Die Organisation habe nichts mit einer Konterguerilla-Organisation zu tun. Aber auch wenn sie das behaupteten, es ist offensichtlich, dass die Konterguerilla immer im Krieg gegen das Volk benutzt wird. Nachdem die Organisation bekannt geworden war, wurde sie für legal erklärt. Ihre obersten Kommandanten und ihre Stützpunkte sind bekannt. Aber dies ist nur die offiziell gezeigte Seite ihres Gesichts. Das Innere der Organisation und ihre Arbeit sind noch immer verborgen.

Das IUK nannte sich zuerst 'Spezialkriegs Institut' und dann 'Kommandantur der Spezialstreitkräfte'. Diese Kommandantur ist der Kopf, der die Abteilungen und deren Arbeit leitet und zentralisiert:

Gendarmeriekorps, Gendarmerie-Nachrichtendienst zur Terrorbekämpfung (JITEM), Special Operations Teams, Dorfschützer und Spezial Kommando-Einheiten (OHAL).

Die Gouverneure der Ausnahmezustandsgebiete arbeiten unter direkter Leitung der Kommandantur. Dieser Leitung unterstehen außerdem die, rechtlich ans Innenministerium gebundenen, zur Polizei-Präsidenschafts-Struktur gehörenden **Spezialen Operations-Einheiten**, die **Terrorbekämpfungs-Abteilungen**, der **MIT (Nationaler Nachrichtendienst)** und die ebenfalls rechtlich dem Innenministerium unterstehende **Zivile Verteidigungs-Organisation**.

All diese Organisationen hält die Konterguerilla unter ihrer Kontrolle.

Die Konterguerilla kontrolliert außerdem die zivilen Konterguerilla-Organisationen MHP und Hizbullah über diese Kommandantur. Alle zusammen bilden die militärischen Einheiten im Krieg gegen das Volk.

Ihre Tätigkeiten sind jedoch nicht auf militärische beschränkt.

Auch der im Krieg gegen das Volk wichtige psychologische Krieg wird von der Kommandantur durch die **Abteilung für psychologische Kriegsführung** kontrolliert. Die psychologische Kriegsführung wird durch die Medien betrieben und pflegt auch Kontakte zu Unternehmern und verschiedenen wirtschaftlichen Institutionen. Im Krieg gegen das Volk versucht die Konterguerilla, jedes Hindernis aus dem Weg zu räumen. Deshalb hat sie ihre Leute in allen Positionen des Staates. Sie ist innerhalb der Bürokratie organisiert, sie besetzt wichtige Stellen des Staates mit MHP-Mitgliedern oder Unterstützern der Konterguerilla. Sie ist im Justizapparat, also unter Richtern und Staatsanwälten, organisiert. Auch das Parlament soll der Kontrolle der Konterguerilla unterstellt bleiben; die im Parlament vertretenen Parteien werden entsprechend bearbeitet.

Die Konterguerilla im 'Nationalen Sicherheitsrat (MGK)' und im Parlament

Im MGK, der sich aus dem Generalstab, den Kommandanten der Streitkräfte, dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten, dem Innen- und dem Verteidigungsminister zusammensetzt, bestimmt das Militär. Alle Beschlüsse, die der Regierung vom MGK empfohlen werden, sind eigentlich Befehle. Rechtlich hat das MGK keine Befehlsgewalt über das Parlament. Aber keine Regierung hat es bisher gewagt, einen solchen Beschluß abzulehnen. De facto hat das MGK die Macht über das Parlament. Diese Macht stammt nicht aus Gesetzen oder aus dem Justizapparat, sondern aus der Organisation der Konterguerilla im Staat und aus ihrer militärischen Stärke. Dies entspricht genau einem Konterguerilla - Staat und einer Konterguerilla - Justiz, Das MGK ist eine Konterguerilla - Organisation. Es ist ein Produkt der Junta des 12. September.

Auch ohne rechtliche Grundlage beherrscht das MGK das Parlament. Alle vom Parlament verabschiedeten Gesetze und Beschlüsse müssen vor ihrem Inkrafttreten zunächst vom MGK bestätigt werden. Ein anderes Verhalten hieße für eine Regierung, sich die Konterguerilla zum Feind zu machen. Das kann sich keine Partei des Regimes leisten.

Man sagt, dass hinter dem Anschlag auf Ministerpräsident Turgut Özal die Konterguerilla steckte. Sie soll versucht haben, ihn wegen einer Auseinandersetzung im MGK zur Kurdenproblematik zu ermorden. Inwieweit das die Wahrheit ist, ist noch unklar, aber es ist sicher, dass der Attentäter Kartal Demirtag diesen Anschlag nicht aus persönlichen Gründen durchführte.

Weiter wird gesagt, dass der ehemalige SHP (Sozialdemokratische Partei) - Vorsitzende Erdal İnönü aufgrund von Problemen mit dem MGK zurücktrat, İnönü schweigt noch immer zu diesem Thema.

Das gemeinsame Ziel des US-Imperialismus und der Konterguerilla war und ist es, eine rechte, den USA nahestehende Regierung zu installieren bzw. an der Macht zu halten.

Aus diesem Grunde wurde Demirel in den USA ausgebildet, zum Vertreter der US-Firma Marrison in der Türkei ernannt und bei jeder Wahl von den USA unterstützt. Aus dem gleichen Grund wurde Turgut Özal nach dem Putsch vom 12. September erst in den USA ausgebildet und dann in den Scheinwahlen von 1983 als bekannter Unterstützer der USA zum Ministerpräsidenten gewählt.

Tansu Cillers gute Zusammenarbeit mit dem MGK machte sie zur Vorsitzenden der DYP.

Die in den USA ausgebildete amerikanische Staatsbürgerin Ciller wird bis heute bei jeder Wahl von den USA unterstützt. Als Dankeschön brachte sie die Konterguerilla-Chefs Dogan Güres, Mehmet Agar, Ünal Erkan, Hayri Kozakcioglu, Necdet Menzir, Sedat Bucak ins Parlament. Das zeigt auch, dass die Konterguerilla ihre Kontrolle über das Parlament mit der Zeit noch verstärkt hat.

Die Kontakte der Konterguerilla sind jedoch nicht auf diese wenigen beschränkt. Mitglieder zivilfaschistischer Organisationen findet man nicht nur in der MHP oder deren Abspaltung BBP. Eine ganze Reihe sind Mitglieder der DYP und der ANAP. Acht Mitglieder des Beraterstabs von Mesut Yilmaz sind ehemalige MHP-Vorstandsmitglieder. Die neue Justizministerin Meral Aksener, die an die Stelle von Mehmet Agar trat, stammt aus einer MHP-Familie und kommt selber aus der Umgebung der MHP.

Es ist vielleicht schwierig, die direkten oder indirekten Kontakte jedes einzelnen Parlamentsabgeordneten zur Konterguerilla nachzuweisen, aber wenn wir uns die Politik anschauen, ist zumindest klar zu erkennen, dass sich keine politische Partei, auch nicht die Sozialdemokraten, gegen die Konterguerilla wehren kann. Die Konterguerilla verübte ohne jede Rücksichtnahme die brutalsten Aktionen, Provokationen und Massaker selbst in der Phase der Koalitionsregierung aus der sozialdemokratischen SHP und der DYP. Kurz gesagt, es gibt keine Unterschiede zwischen linken und rechten Parteien im Parlament. Im Endeffekt sind alle Parteien direkt oder indirekt Komplizen der Konterguerilla und die Vollstrecker ihrer Politik.

Zivilfaschistische Organisation: Die MHP

In allen Ländern, in denen die Konterguerilla gegründet wurde, gründete sie auch zivilfaschistische Organisationen oder griff auf bestehende zivilfaschistische Organisationen zurück und bildete aus all diesen Organisationen ein Standbein der internationalen Konterguerilla. Die Konterguerilla benötigte immer derartige Organisationen und verwendete sie im Krieg gegen das Volk. Beispielsweise bediente sich die CIA bei der Gründung der Konterguerilla-Organisationen und der Festlegung ihrer Taktiken der Erfahrung von Nazi-Offizieren und Gestapo-Agenten.

Es wurde festgestellt, dass Catli am 9. September 1992 von Südamerika nach Miami einreiste. Mit ihm fuhr Stefano delle Chiaie, der für die CIA den internationalen Drogenhandel koordiniert. Stefano delle Chiaie ist CIA-Agent. Gleichzeitig ist er Chef des italienischen Gladio, Gründer und Vorsitzender der Norditalienischen faschistischen Partei und der Verantwortliche für ein Bombenattentat, bei dem hunderte Menschen ermordet wurden.

In der Türkei war die erste zivilfaschistische Organisation der Konterguerilla die von Türkes vor 1970 gegründete "Kampforganisation gegen den Kommunismus". Nach dem Putsch vom 12. März 1980 wurde der Bedarf an zivilfaschistischen Organisationen für die Oligarchie noch größer. Unter der Führung von Alparslan Türkes wird die MHP gegründet. Der damalige Vorsitzende des Nachrichtendienstes des Generalstabes, der pensionierte Admiral Sezai Okunt, meinte: *"Die bewaffneten Streitkräfte hatten mehr Angst vor Linken als vor Rechten. Weil die rechten bis dahin nicht organisiert waren. Die Organisierung der Rechten fing mit der MHP an. Türkes hat damals viele Möglichkeiten bekommen."* (Hürriyet, 19. November 1990).

Die führenden MHP-Kader übernahmen die Führung der zivilfaschistischen Bewegungen. Die Jugendlichen wurden in 'Ülkü Ocak' (wörtlich: Idealisten-Herde, Verein der Grauen Wölfe) und MHP-Jugendabteilungen organisiert, und unter der Kontrolle der Spezial-Kriegs-Organisation wurden sie in Elazığ, Kayseri, Eskisehir, Gaziantep und Canakkale im militärischen Kampf von der Konterguerilla ausgebildet.

Die Konterguerilla nutzt die zivilfaschistischen Organisationen mit verschiedenen Methoden. Als Antikommunisten sind sie die natürlichen Unterstützer des Faschismus und werden als Massenwaffe und Basis benutzt. Manchmal werden zivilfaschistische Organisationen als eine schlagende Kraft gegen die revolutionär-demokratische Opposition benutzt. Die Konterguerilla benutzt überall im Land bei Informationsbeschaffung, Provokationen, Sabotage oder Massakern Mitglieder von faschistischen Organisationen.

Es paßt dem Staat gut, die schmutzigen Arbeiten von zivilfaschistischen Organisationen erledigen zu lassen. Denn wenn deren Aktionen, Provokationen, Sabotage oder Massaker aufgedeckt werden, ist es für den Staat viel einfacher, aus der Sache 'sauber' rauszukommen.

Bis zum 12. September 1980 führten zivilfaschistische Organisationen der Konterguerilla, wie MHP und ihre Jugendverbände Ülkü Ocakları im Namen des Staates tausende Aktionen durch, bei denen Revolutionäre, Demokraten und Patrioten ermordet und Massaker und Provokationen durchgeführt wurden, aber der Staat konnte all dies als Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten darstellen und damit die Köpfe der Menschen verwirren.

Vor dem 12. September 1980 ließ die Konterguerilla tausende Menschen ermorden, darunter von der Bevölkerung geachtete und als fortschrittlich bekannte Persönlichkeiten, wie die Lehrenden Bedrettin Cömert, Ord. Prof. Bedri Karafakioglu, Prof. Cavit Orhan Tütengil, Prof. Ümit Doganay, Dozent Orhan Yavuz, Lehrender Ümit Kaftancioglu, Milliyet - Chefredakteur Abdi Ipekci, Staatsanwalt Dogan Öz, Polizeichef von Adana Cevat Yurdakul, Disk-Vorstandsvorsitzender Kemal Türkler.

Alparslan Türkes wurde angeklagt, persönlich den Befehl zur Ermordung Kemal Türklers gegeben zu haben, er wurde dann aber freigesprochen. Bei der Verhandlung gegen ihn sagten seine Helfer, Yilma Durak und Aydin Esi, aus, dass kurz vor der Ermordung Türklers, in einer Besprechung mit Türkes bei dem Tagesordnungspunkt 'Kemal Türkler' ihnen ein Zeichen gab, das die Bedeutung 'Kopf abreißen' gehabt habe.

Ein weiteres Beispiel für die Beziehung zwischen Konterguerilla und MHP-Faschisten ist der Anschlag auf den damaligen ANAP-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Turgut Özal. Der

Attentäter Kartal Demirag war ein in Dazkin von der Konterguerilla ausgebildeter MHP-Faschist. Kartal Demirag wurde später festgenommen und verurteilt. Aber die Untersuchung des Falles wurde von der Konterguerilla abgebrochen und es wurde verhindert, dass die Wahrheit bekannt wurde. Der Vorsitzende des von Özal gebildeten Untersuchungskomitees, das pensionierte Mitglied des Kassationsgerichtshofes (oberstes Gericht der Türkei), Ugur Tönük, stellte seine Arbeit aufgrund von Drohungen ein. Demirag wurde nach vier Jahren Haft freigelassen. Der Anschlag war zuerst von der Konterguerilla dem im Gaziantep-Gefängnis einsitzenden und vor dem 12. September Putsch wegen Teilnahme an vielen Massakern verurteilten MHP-Mitglied Veli Can Odumcu angeboten worden. Dieser lehnte den Auftrag ab. Als über den Auftrag in der Presse berichtet wurde, fand man seine Leiche im Gefängnis.

Die MHP wurde nach ihrer Gründung fortwährend von der CIA und von den Kapitalisten in der Türkei unterstützt. Beispielsweise ist der Türkeiverantwortliche der CIA nach 1974, der vor 1980 in der US-amerikanischen Botschaft in Ankara arbeitende CIA-Agent Paul Henze, einer der besten Freunde Alparslan Türkes'. Ein weiteres Beispiel ist der bis 1971 als CIA-Agent in Ankara arbeitende Ruzi Nazar. Nazar ging nach 1971 nach Deutschland und übernahm die Schirmherrschaft über die MHP in Deutschland. Einer der Finanziere der MHP mit jugoslawischer Herkunft, Murat Bayrak, war ein Nazi, der bei der Organisation der MHP in Deutschland eine große Rolle spielte. Ugur Mumcu beschrieb in seinem Buch "Papst - Mafia - Agca" die MHP-Finanziers in dieser Reihenfolge: "Berker Inanoglu, Ali Kocman, Fayyaz Berker, Jak Kamhi, Emin Hattat, Halit Narin, Mete Has und Mafiachev Dündar Kilic".

Heute ist es auch kein Zufall, dass die der Konterguerilla angeschlossenen Mafiabanden meistens von Faschisten geführt werden, dass der Staat Catli und seinesgleichen, über hundert aus der MHP und ihren Jugendorganisationen, als gedungene Mörder im Krieg gegen das Volk für die Drecksarbeiten nutzt. Solange der vom Staat geführte "Spezial-Krieg", also der Krieg der Konterguerilla gegen das Volk, andauert, wird die Konterguerilla solche faschistischen Mörder benötigen. Denn sie eignen sich am besten für die Drecksarbeiten. Deswegen ist auch die größte Quelle für die Kader der nach 1980 gegründeten brutalen Organisation "Spezial-Operations-Einheiten" die MHP.

Hizbullah:

Die Hizbullah ist eine Konterguerilla-Organisation aus Zivilen, die unter der Kontrolle der Konterguerilla entstand, um die nationale Bewegung der Kurden abzuschneiden. Man kann sagen, dass sie eine Version der MHP ist, die statt der nationalistischen die religiöse Ideologie als Grundlage hat. Weil die Konterguerilla befürchtete, dass die nationalistische und rassistische Ideologie der MHP unter dem kurdischen Volk keine Anhänger finden würde, hat sie stattdessen die Hizbullah gegründet. Die Zahl der in der Hizbullah Organisierten hat in den Jahren 1992 - 1994 die Zahl 500 erreicht. Die Massaker anderer Konterguerilla-Organisationen wurden auf die Hizbullah abgeschoben. Auch dies hat dem Staat geholfen, sich 'sauber' zu zeigen. Diese Konterguerilla-Organisation, die sich unter dem Volk auf religiöser Basis organisiert, ist dazu gebracht worden, die Schmutzarbeit für die Ziele des Staates durchzuführen. In der Hizbullah wurden Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren für die Aktionen benutzt. Sie wurden in den Treffpunkten, den Schulen, Moscheen und Buchhandlungen, organisiert und von der Konterguerilla ausgebildet. Die Angriffe wurden zumeist mit Waffen oder Hackmessern durchgeführt. Die Sicherheit der Angreifer wurde von der Polizei gewährleistet.

In seinem Geständnis sagt der Bataillonskommandeur Cem Ersever zur Hizbullah aus:

"Die zwei Personen, die im Kontakt mit der Hizbullah standen, sind Alaattin Kanat und Adem Yakin gewesen. Was sie immer zu uns sagten, war: 'Die Hizbullah ist der Feind der PKK. Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Auf keinen Fall sollen die Sicherheitskräfte gegen die Hizbullah kämpfen, eher sollen sie ihren Weg ebnen.' Es ist das passiert, was diese beiden Männer sagten. Die Sicherheitskräfte haben die Hizbullah beschützt und stärker gemacht. Die besten Hizbullah-Exekutionskommandos bestanden aus (PKK-) Verrätern."

Eine der Arten der Konterguerilla, den Staat vor der Verbreitung der nationalen kurdischen Bewegung zu schützen, ist es, die Dorfschützer im Krieg gegen das Volk zu institutionalisieren. Auf diese Weise

soll das kurdische Volk dazu gebracht werden, sich untereinander zu bekämpfen. Gleichzeitig wurde so eine bewaffnete Hilfsorganisation der Konterguerilla geschaffen. Ähnliche Beispiele hat es schon früher gegeben.

Mit den zwei neuen Paragraphen zum "Dorfgesetz im Paragraphen 74", die am 26. März 1985 in Kraft traten, wurden die rechtlichen Hindernisse, die vor den Dorfschützern standen, aufgehoben.

In den Gründungsjahren der Dorfschützer wurden ihre Aufgaben so erklärt: *"Ihre eigenen Dorfgebiete gegen die PKK zu schützen"*. Die erste Quelle für die Dorfschützer waren Nomaden. Um die Aufgabe als Dorfschützer populär zu machen, wurden ihnen Löhne versprochen. Man hat zugelassen, dass sie in den Genuß von Versicherung und Altersversorgung kamen. Um die Aufgabe wirklich schmackhaft zu machen, wurden sogar sehr alte Menschen, die eigentlich nicht mehr Dorfschützer sein konnten, Kranke, Behinderte und Frauen zu Dorfschützern gemacht.

In der Grundlage für die Dorfschützer steht im Paragraphen 7, dass die Dorfschützer *"Türkisch lesen und schreiben können und ihren Militärdienst hinter sich haben müssen, sowie nicht mehr als 50 Tage festgenommen und nicht einer Tat beschuldigt sein dürfen, deren sie sich zu schämen haben"*, usw. In der Praxis wurde jedoch dieses Gesetz nicht eingehalten. Viele, die wegen schändlicher Verbrechen, wegen Mord, Entführung, Desertation oder Verweigerung gesucht wurden, hat man begnadigt, wenn sie sich bereit erklärten, als Dorfschützer zu arbeiten. Der Nomadenführer von Jirki, Tahir Adiyaman, ist ein Beispiel dafür.

Die Blutrache zwischen verschiedenen Nomaden wurde genutzt, um die Stämme zu bewaffnen und gegeneinander zu hetzen. Wenn eine Seite sich bewaffnete, mußte die andere Seite auch zum Dorfschützer werden und sich bewaffnen. Die Nomaden und Dorfbewohner, die sich weigerten, Dorfschützer zu werden, wurden gezwungen. Die, die nicht mit Drohungen überzeugt werden konnten, wurden mit Gewalt gezwungen. Es wurde ihnen gesagt, dass sie als Unterstützer der PKK angezeigt und behandelt würden, wenn sie die Waffen nicht annehmen und nicht als Dorfschützer tätig sein wollten. Und die Drohungen wurden in die Tat umgesetzt. Hunderte Dörfer, deren Bewohner sich weigerten, Dorfschützer zu werden, wurden niedergebrannt, Hunderte von Bauern ermordet und ihre Ermordung als Ergebnis einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Clans dargestellt.

Die Aufgabe der Dorfschützer wurde erweitert. Am Anfang hatte es geheißen: *"sie schützen ihre eigenen Dörfer"*. Danach hieß es: *"Es wird nicht erlaubt, dass die Guerillas die Dörfer besuchen, es wird verhindert, dass Menschen aus den Dörfern zur Guerilla gehen, das Netz von Spionen wird vergrößert, die Menschen, die der Guerilla Unterkunft gewähren und sie unterstützen, werden herausgefunden und sie werden gezwungen, an Operationen teilzunehmen, sie werden die militärischen Einheiten, die städtischen Einrichtungen, Gebäude und Fahrzeuge beschützen."*

Aus den Dorfschützern wurden bezahlte Einheiten, neben dem staatlichen Militär, im Kampf der Konterguerilla gegen das eigene Volk gemacht.

Im Januar 1993 betrug die Zahl der Dorfschützer 39.000, im Januar 1994 waren es 50.000, Ende 1994 56.000, und heute beträgt sie um die 60.000.

Jeder Nomaden-Anführer, der Dorfschützer wurde, gründete ein kleines Königreich. Mit Unterstützung und unter der Duldung des Staates scheffelten sie Gewinne. Mit der militärischen Kraft, die sie haben, begannen sie, die Dörfer anzugreifen und niederzubrennen und Menschen zu kidnappen. Durch Mord, Vergewaltigung, Drogen- und Waffenhandel verdienten sie Geld und machten sich schuldig. Eigentlich unterstehen die Dorfschützer der Kontrolle des Innenministeriums, de facto werden sie jedoch direkt von der Konterguerilla geführt. Die Konterguerilla hat neben der Nutzung von Dorfschützern bei der Teilnahme an Operationen noch die Verräter der PKK in eigenen Konterguerilla-Einheiten ausgenutzt.

Die 'Spezial-Operations-Einheiten'

Sie wurden im Jahre 1985 von der Konterguerilla gegründet. Heute erreicht ihre Zahl 7.000. Offiziell unterstehen sie dem Innenministerium und der Generalverwaltung der Polizei als Teil der

Polizei besetzung. Ein Großteil von ihnen ist in Kurdistan aktiv. Ihre Stabsquartiere befinden sich in den Städten. So wie sie in den ländlichen Gebieten neben den militärischen Kräften für Operationen genutzt werden, führen sie auch in den Stadtzentren "Aufgaben" durch.

Ein Großteil des Personals der Spezial-Einheiten besteht aus Faschisten der MHP. Tausende von Menschen wurden von der MHP und den Ülkü Ocakları in die Spezial-Einheiten geschickt. Die gewünschten Eigenschaften bei den Bewerbern waren ein Gymnasialabschluß und die Beendigung des Militärdienstes. In 9 Monaten werden sie im Schießen, Foltern, Verhören, zur Sabotage, Attentat, zur Anpassung an das Einsatzgebiet von der Konterguerilla ausgebildet. Ein Teil wird auch ins Ausland geschickt, um dort ausgebildet zu werden. Für ihre Mitglieder besteht kein Zwang zur Einheitskleidung, und sie können auch Schnurrbart, Bart und Haare wachsen lassen.

An den Operationen nehmen sie meistens gemeinsam mit den militärischen Einheiten teil. Hauptsächlich ist es ihre Aufgabe, die Ziele, die vom Militär eingekreist wurden, aus dem Weg zu räumen. Aus ihrer Gier nach Geld, ihrer rassistischen und nationalistischen Gesinnung, sind sie zu denen geworden, die die grausamsten Massaker gegen das Volk durchführen. Weil sie für jeden Kopf, den sie von Guerillas bringen, Geld gekriegt haben, sind sie zu Kopffägern geworden. Um Geld zu verdienen, haben sie angefangen, die Bauern zu ermorden und sie als Guerillas auszugeben. Sie sind so unmenschlich geworden, dass sie neben Folter und Vergewaltigung auch noch Ohren, Nasen und Köpfe der Menschen abschneiden. Nach offiziellen Erklärungen wurde gegen 1500 Mitglieder der Spezial - Einheiten Ermittlungsverfahren eingeleitet, 500 von ihnen wurden von ihren Tätigkeiten entbunden, weil sie mit ihren Aufgaben unvereinbare Aktionen durchgeführt haben.

JITEM

(Gendarmerie Nachrichten Dienst zum Kampf gegen den Terror):

Mit dem Inkrafttreten der OHAL (Gesetze für die Gebiete im Ausnahmezustand) im Juli 1987, mit der Gründung des Gendarmerie- Ordnungs- Armeekorps und seiner Informationsarbeit wurde auch der JITEM ins Leben gerufen. An Anfang mit der Absicht gegründet, Informationen zu sammeln, die PKK zu beobachten und unter Kontrolle zu halten, fiel der Name JITEM nach kurzer Zeit im Zusammenhang mit Folter, Kidnapping, Verschwindenlassen und Exekution. Ausgehend von den Städten Diyarbakir, Siirt, Mardin, Cizre, Sirnak, Hakkari und Van wurden die Gebäude der JITEM zu Folterzentren.

Aber ihre Aktivitäten waren nicht darauf beschränkt. Von Zeit zu Zeit kleideten sich ihre Mitglieder wie Guerillas und versetzten die Bauern in Angst und Panik, um herauszufinden, welche Bauern die Guerilla unterstützten, so dass sie nicht mehr wagten, die Guerilla zu unterstützen. Eine andere Praktik war es, aus Verrätern Dorfschützer und Zellen faschistischer Konterguerilla-Einheiten aufzubauen. Einer der Gründer und ersten Chefs von JITEM, Major Cem Ersever, bezeichnete diese speziellen Zellen als "Stern-Einheiten". Die in den Gebieten des Ausnahmezustands aktive Konterguerilla-Organisation JITEM besitzt außergewöhnliche Macht. Sie kann jederzeit einen gewünschten Gefangenen vom Staatssicherheitsgericht, von der Polizei oder sogar vom MIT ausgeliefert bekommen. Ihre Mitglieder haben besondere, nur für sie geltende Polizeiausweise und persönliche Autos, an denen öfter die Nummernschilder ausgewechselt werden. JITEM kann mit großen eigenen Streitkräften Operationen durchführen. Cem Ersever hat im Jahr 1991 im Nordirak in Städten wie Zaxo oder Erbil staatliche Büros gegründet. Er pflegte enge Kontakte mit dem Gendarmerie-Armeekommandeur Esref Bitlis und mit hohen Stellen im Staat. Im Jahr 1993 wurde er nach Streitigkeiten mit seinen Vorgesetzten entlassen. Bevor er ermordet wurde, verriet er den Medien einige Interna über den JITEM. Ein Teil seines Geständnisses wurde, wenn auch nicht unter seinem Namen, veröffentlicht. Mitte Oktober 1991 wurde er von seinen eigenen Leuten festgenommen. In den Morgenstunden des 5. November 1991 wurde er auf der Autobahn zwischen Ankara und Kirikale mit nach hinten gebundenen Händen und zwei Kugeln im Hinterkopf tot aufgefunden. Kurz danach wurden die Leichen zweier weiterer Ermordeter aufgefunden. Einer von ihnen war der als seine rechte Hand geltende Mustafa Deniz, die andere war die als Freundin von Ersever bekannte Mahsune

Dgubebe, deren eigentlicher Name Neval Boz war. Mustafa Deniz wurde früher, als er noch bei der PKK war, festgenommen. Er wurde zum Verräter und dann zum Konterguerilla. Nach den Erklärungen von Ersever arbeitete Neval Boz, als sie in Syrien auf der Universität studierte, für den MIT und nachher für den JITEM. Solche Auseinandersetzungen zwischen den Feinden des Volkes, zwischen den Banden, werden mit weitere Massakern fortgesetzt.

Die 'Abteilung für den Kampf gegen des Terror'

Die dem Innenministerium unterstehende und von der Sicherheits-Polizeidirektion gegründete politische Abteilung änderte ihren Namen im Jahre 1991 nach Inkrafttreten des Gesetzes zum Kampf gegen den Terror in 'Abteilung zum Kampf gegen den Terror'. Die Zentrale der 'Abteilung zum Kampf gegen den Terror' war in Ankara, in jeder Stadt gab es eine Abteilung in den Polizeistationen. In diesen Abteilungen hat sich die Konterguerilla in den Städten und innerhalb der Polizei am stärksten organisiert. Die Polizisten, die in diesen Abteilungen Arbeit leisten, sind im Ausland, besonders in den USA und in Deutschland, ausgebildet worden.

Mit dem Anwachsen des revolutionären Kampfes wurde auch die Macht und die Verantwortung dieser Konterguerilla-Einheiten ausgeweitet. Die politischen Abteilungen, mit dem heutzutage bekannten Namen 'Abteilungen für den Kampf gegen den Terror' sind dem Volk schon von früher als Folterzentren bekannt. Aber in den letzten Jahren werden ihre Namen immer häufiger mit Vollstreckung, Massaker und Verschwindenlassen in Verbindung gebracht.

In allen Polizeistationen wurden Einheiten für den 'Kampf gegen den Terror' gegründet. Zusammen mit zivilen Abteilungen in allen Vierteln der Städte kontrollieren sie die Stadtviertel und beschaffen Informationen. In den Stadtvierteln, auf den Arbeitsstellen wurde ein Netz von Spionen aufgebaut. Zur Informationsbeschaffung werden Polizisten und freiwillige oder gezwungene Informanten benutzt. Von den Faschisten kommen freiwillige Spione. Eine andere Praktik ist es, Sympathisanten und Mitgliedern von revolutionären Organisationen zu entführen und zum Verrat zu zwingen. Fast ausnahmslos werden Festgenommenen Agententätigkeiten vorgeschlagen.

Seit der Intensivierung des Krieges gegen das Volk in den 90ern spielen die 'Abteilungen zum Kampf gegen den Terror' eine Hauptrolle. Hinter den meisten Fällen von Verschwindenlassen steckt die in diesen Abteilungen organisierte Konterguerilla. Diese Fälle werden dermaßen zur alltäglichen Politik, dass sogar bei Festnahmen, trotz der Zeugen, in aller Bequemlichkeit geleugnet wird, dass eine Festnahme stattgefunden hat. Auch die Hinrichtung unbewaffneter Menschen auf offener Straße, die als bewaffnete Auseinandersetzung dargestellt wird, Angriffe auf Massendemonstrationen, Provokationen, verleumderische und verlogene Nachrichten über Revolutionäre, all dies ist Teil des Krieges der Konterguerilla, der von ihren Abteilungen organisiert wird.

Der Nationale Nachrichtendienst (MIT):

Im Jahre 1923, nach Gründung der Republik Türkei, wünschte sich Mustafa Kemal Atatürk von Hüsamettin Ertürk die Gründung eines Nachrichtendienstes.

Hüsamettin Ertürk war im Osmanischen Reich der Chef des von Deutschland aus für Abdülhamit im Jahre 1880 gegründeten Nachrichtendienstes "Teskilat-i Mahsusa". Der von Hüsamettin Ertürk unter dem Namen "Müdafal Milliye Istihbarat (MMI)" gegründete Dienst bekam 1941 den Namen "Milli Emniyet Teskilati (MET)" oder auch "Milli Amele Hizmet MAH)". Der dem Generalstab unterstehende Nachrichtendienst wurde von den Amerikanischen, Französischen und Englischen Nachrichtendiensten kontrolliert. Sogar die Löhne der Türkischen Mitarbeiter wurden von den fremden Diensten bezahlt. Somit ist klar, inwieweit sich diese Organisation als national bezeichnen kann.

Im Jahre 1965 wurde der Name noch einmal, diesmal in "Milli Istihbarat Teskilati (MIT)" geändert. Für seine Tätigkeit wurde ein neues Gesetz verabschiedet. In dieser Zeit entwickelten sich die Beziehungen der Türkei zu Europa und den USA, was die CIA für seine Zwecke nutzte. Der MIT wurde von einer teilweise von der CIA kontrollierten zu einer von der CIA durchdrungenen

Organisation. Der CIA-Agent Philipp Agee sagte dazu: "Die CIA stand seit langem in Kontakt mit dem türkischen MIT. Der CIA sorgte für die Ausbildung, die Entwicklung und die Ausstattung dieser Organisationen". (Philipp Agee, Tagebuch der CIA).

Von Anfang an arbeitete der MIT auch mit dem israelischen Geheimdienst MOSSAD eng zusammen. Nach Aussagen des stellvertretenden Chefs des MIT, Sabahattin Savasman, der im Jahre 1977 angab, für die CIA spioniert zu haben, war der MIT so organisiert:

"Die CIA verfügt über eine Delegation von mindestens 20 Personen, die im MIT mit der CIA zusammenarbeiten und im MIT hohe Positionen einnehmen. Sie sorgen für Informationen, Kontakte, und nehmen an inländischen Operationen und kollektiv an Operationen im Ausland teil. (...) Alle technischen Ausrüstungen werden vom CIA besorgt. Sehr viel Personal wurde von den Amerikanern in Kursen im Ausland ausgebildet, die Gebäude der Organisation wurden von der CIA gebaut, die Ausbilder hat die CIA gestellt. (...) Das Personal arbeitet seit Jahren genau wie CIA-Agenten zugunsten des Amerikanischen Geheimdienstes, es übernimmt unbezahlt dessen Aufgaben in

inländischen und ausländischen Operationen. (...) Unsere Aufgabe für die fremden Geheimdienste erschöpfen sich nicht in der Weitergabe von Informationen. Als im Iran das Schah-Regime noch an der Macht war, hatten wir alle paar Monate periodische Treffen mit Mitgliedern des Geheimdienstes SAVAK und MOSSAD. In diesen Treffen war es meistens MOSSAD, der das Treffen führte mit seiner überaus entwickelten Technik. MOSSAD hat in unserer Heimat sehr viele Möglichkeiten. Hiram Abas hat an Operationen teilgenommen. (...) Auch mit dem Deutschen Nachrichtendienst wurden periodische Treffen durchgeführt. (...) Bei diesen Treffen werden in aller Welt gesammelte militärische oder soziale Informationen weitergegeben."

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16

☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie toten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

BUCHLADEN

TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

(Übersetzung aus
Kurtulus Nr. 11 vom 21.
Dezember 1996)

GROSSVERANSTALTUNG ZUR GRÜNDUNG DER DHKP-C

Viertausend feiern im Expo-Center in Hengelo, ebensoviel an der 'Grenze' zurückgewiesen

**Deutsche Regierung setzt Niederlande unter Druck:
"Einreise" nur mit gültigem Pass**

Am 5. April feierten mehrere Tausend Menschen in Hengelo die Gründung der türkischen revolutionären Organisation DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei und -front). Wohl auf Druck der deutschen Regierung erließ die niederländische Regierung eigens für diese Veranstaltung einen Sondererlaß, daß zu diesem Anlaß Einreisende nur mit einem Paß den Boden der Niederlande betreten durften.

Die ansonsten aufgehobene Paßkontrolle wurde für diesen Tag wieder eingeführt, und mehrere Tausend Menschen mußten an der niederländischen Grenze wieder in die Busse einsteigen und in ihre Heimatorte zurückfahren.

Trotz dieses massiven Eingriffs in die demokratischen Rechte kamen noch zwischen vier- und fünftausend Menschen ins Expo-Center nach Hengelo, wo die Gedenkveranstaltung dann mit mehrstündiger Ver-

spätung dennoch erfolgreich durchgeführt wurde.

Die Kontrollen der niederländischen Polizisten stachen deutlich von dem massiven Auftreten des deutschen Bundesgrenzschutzes ab.

So hatten die Niederländer offensichtlich nur die Paßkontrolle durchzuführen - was sie allerdings dann auch mit 'deutscher' Gründlichkeit und in aller Ruhe vollzogen - während der massive Auftritt des deutschen Bundesgrenzschutzes offensichtlich der Provokation diene - zudem versuchten Grenzschrützer mit Videokameras möglichst viele Businsassen zu filmen, was sie allerdings nach zahlreichen Protesten unterließen.

Diejenigen, die das Glück hatten, einen Paß dabeizuhaben, kamen dann mit mehrstündiger Verspätung in Hengelo an, trotz dieser massiven Unterdrückungsmaßnahmen nahmen die BesucherInnen die einzelnen Programmteile mit großer Begeisterung auf.

Kultureller Höhepunkte wohl die Auftritte von **Tolgar Candar** sowie der Gruppen **Koma Ahmed** und **Grup Yorum**.

Politische Höhepunkte waren der Redebeitrag der DHKP-C zu ihrer Tradition, Entstehungsgeschichte und Gründung vor drei Jahren und ein Film über revolutionäre Stationen des Befreiungskampfes in der Türkei.

Zudem wurden zahlreiche Grußadressen ausländischer revolutionärer Organisationen verlesen.

In Deutschland wäre diese Veranstaltung verboten worden, in den Niederlanden war nicht ein einziger Polizist in der Umgebung des Expo-Centers zu entdecken.

Dennoch zeigen die Paßkontrollen, dass die Bundesregierung ihren Kurs der Unterdrückung gegenüber ausländischen, insbesondere türkischen und kurdischen, revolutionären Organisationen auf die gesamte EU ausdehnen will. Noch ist ihr das jedoch nicht gelungen.

Dortmunder Podium "Dialog statt Verbote"

Die von dem Dortmunder Friedensforum, dem Dortmunder Flüchtlingsrat, der DFG/VK NRW und dem DFG/VK-Bildungswerk NRW e.V. (Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund) getragene Podiumsveranstaltung vom 11. April im Gemeindehaus Heilig Kreuz im Dortmunder Kreuzviertel stand ganz im Zeichen für eine friedliche und demokratische Lösung des Kurdistankonflikts.

Die von **Karin Leukefeld** (Verfasserin des Buches "Solange ein Weg ist. Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand") moderierte Diskussion mit den Podiumsteilnehmern **Prof. Dr. Norman Paech** (von der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, Verfasser eines Gutachtens zu den völkerrechtlichen Fragen der Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern gegen kurdische Vereine und Organisationen in der BRD vom 22. November 1993), **Annegret Krauskopf** (früher Dortmunder SPD-Stadträtin, jetzt im Landtag NRW), **Hisham Hammad** (Dortmunder Mitglied des Landtages NRW für Bündnis 90/Die Grünen) und dem anstelle des verhinderten **Mahmut Kilinc** (ehemals Mitglied des türkischen Parlaments für die DEP, jetzt Mitglied des Kurdischen Exilparlaments) erschienenen Vorsitzenden von **Yek-Kom** (= Verband der kurdischen Vereine in Deutschland) war sich darüber einig, daß ein Friede im türkisch besetzten

Teil Kurdistans nur möglich ist, wenn in die dazu erforderlichen Verhandlungen die PKK einbezogen wird. Scharf verurteilt wurde insbesondere die Haltung der Bundesregierung, die mit ihrer kurdenfeindlichen Politik letztlich für eine an der Sache völlig vorbeigehende Grundstimmung hierzulande gesorgt hat und dabei zugleich erhebliche Einschränkungen von Freiheitsrechten auch der hiesigen Bevölkerung betreibt. *Das sogenannte PKK-Verbot trifft in erster Linie nicht die PKK selbst, die ja in Deutschland nie offiziell in Erscheinung getreten ist, sondern jedwede politische Betätigung von kurdischen Menschen überhaupt.* Man baut teure Hochsicherheitstrakte zur Prozeßführung, wendet ein dem deutschen Rechtssystem fremdes Kronzeugenprinzip an, macht sich mit Wahnsinnsanklagen, die im Laufe der Verfahren wie Kartenhäuser in sich zusammenfallen, vor aller Welt lächerlich, unterstellt jedem Menschen, der sich zur Kurdistanfrage äußert und sich

nicht eindeutig zum sogenannten PKK-Verbot bekennt bzw. von der PKK abgrenzt, PKK-Nähe und setzt sie damit einem aus der Luft gegriffenen, von der Sache her jedenfalls nicht begründbaren Terrorismusverdacht aus. Das zieht sich durch alle Berichterstattungen in den Medien hindurch. Durch die Forderung von Bekenntnissen wird eine Förderung von Erkenntnissen in der Bevölkerung systematisch untergraben. *Auch wenn ein hysterischer Geheimpolizist etwa einen 16jährigen kurdischen Kleber von Plakaten der ERNK erschießt, so liegt die Hauptverantwortung für die einem solchen Verhalten zugrunde liegende Stimmungsmache ebenfalls bei der Bundesregierung.*

Die Veranstaltung war mit rund hundert Personen (davon etwa die Hälfte deutsch) gut besucht. Kontroversen aus dem Publikum gab es vor allem über die Haltung zu dem CDU-Rechtsaußen **Lummer**, der (als einer der ganz wenigen CDU-Leute) öffentlich für eine Beteiligung der PKK an Verhandlungen mit der türkischen Regierung eintritt. Während der frühere Grünen-Geschäftsführer von Dortmund, **Richard Kelber**, einen solchen Bundesgenossen strikt ablehnt, erklärte SPD-Mitglied Norman Paech, daß er in dieser Frage mit Lummer keine Differenzen habe, dagegen in den Reihen der SPD noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei, um

der insbesondere von **Karsten Vogt** ideologisch angeführten, an NATO-Strategien orientierten Sichtweise den Boden zu entziehen. Nach derartigen Strategien soll die Türkei im Sinne des Westens eine Funktion der Niederhaltung der arabischen und der islamisch dominierten Länder des Nahen und Mittleren Ostens (einschließlich turksprachiger ehemaliger Sowjetrepubliken) spielen. (Der Ausdruck "imperialistisch" für eine solche einhellig abgelehnte Rollenzuweisung wurde dabei jedoch von allen Podiumsteilnehmern säuberlich vermieden. Die Schere im Kopf?) Eine profilierte Gegenposition dazu vertritt etwa die bayrische SPD-Bundestagsabgeordnete **Angelika Graf**. Der Dortmunder Polizeidirektor **Gerhard Kehl** erklärte, nach seiner Überzeugung sei das PKK-Verbot undemokratisch und lehne es ab. Er erinnerte an die unheilvollen Auswirkungen des Dortmunder Demonstrationsverbotes von 1996 (siehe auch AntifaZ Nr. 59). Damals hatte er sich mit kurdischen Vereinen beraten und für eine Genehmigung eingesetzt, leider vergeblich. Trotz der insgesamt positiven Bewertung der Veranstaltung sei eine Kritik angemerkt: *Zu kurz kamen bei der Diskussion etwa die Betrachtung möglicher Motive, warum die Bundesregierung dem kurdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht bestreitet, dagegen auf dem Balkan aktiv (auch militärisch) daran*

beteiligt ist, selbst für kleinste Volksgruppen die Bildung von eigenen (ohne massive Einmischung von außen nicht lebensfähigen, ohne eine völkische Ausrichtung undenkbar) Staaten oder staatsähnlichen Gebilden durchzusetzen, ferner die über IWF und Weltbank vermittelte finanzielle Abhängigkeit der (nicht zuletzt durch den Krieg gegen das kurdische Volk) total überschuldeten Türkei gerade auch vom deutschen Finanzkapital und das wirtschaftliche Interesse bundesdeutscher Konzerne (wie Siemens) etwa an dem "Südostanatolienprojekt" (GAP), mit dem zwecks Errichtung

eines riesigen Kraftwerkskomplexes ein (bisher hauptsächlich von kurdischer Bevölkerung bewohntes Gebiet von der Größe der Beneluxstaaten unter Wasser gesetzt werden soll.

KD

Anzeigen:

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

Aus der Türkei

Aus Türkei-Kurdistan

Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnentenbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:**DIDF****Jägerstr. 77****47166 Duisburg**

HITLERS VER- BINDUNGSMANN TÜRKES IST TOT!

Alparslan Türkeş, der Basbug ("Führer") der faschistischen türkischen MHP (Partei der nationalen Bewegung) ist am 4. April 1997 im Alter von 80 Jahren an den Folgen eines Herzversagens gestorben.

Die Nachricht von seinem Tod wurde erst nach Einleiten landesweiter Sicherheitsmaßnahmen mit viereinhalbstündiger Verspätung offiziell bekanntgegeben, Tausende "Graue Wölfe", die zum Krankenhaus in Ankara geeilt waren, brachen in Tränen aus. Sie warfen sich zu Boden und riefen im Chor: "Führer sterben nicht!".

Der Tod des Faschistenführers hat nicht nur unter den nationalistisch orientierten Politikern "große" Trauer ausgelöst, sondern auch unter den türkischen Sozialdemokraten.

Staatspräsident Demirel sprach von einem "großen Verlust für das politische Leben", der islamistische Regierungschef Erbakan meinte, Türkeş habe die jüngste Geschichte der Türkei entscheidend geprägt, der ANAP-Chef Yılmaz sagte: "Er war jener Staatsmann, zu dem ich mich stets im Dialog befand", CHP-Chef Baykal: "Wir trauern um den Verlust eines großen Politikers". Der ehemalige Konterguerillachef und Innenminister Mehmet Agar meinte: "Er hat tausende wertvolle Politiker hervorgebracht". DYP-Chefin und Außenministerin Ciller: "Türkeş war eine historische Figur. In unserer demokratischen Geschichte hatte er einen besonderen Platz".

DSP-Vorsitzender Bülent Ecevit: "Auch wenn es zwischen uns einige Differenzen gab, hatten wir doch auch große Gemeinsamkeiten: die Liebe zur Nation, den Kemalismus und laizistischen Republikanismus". Bayram Meral, Vorsitzender der TÜRK-İS (gelbe Gewerkschaft): "Wir trauern um einen großen Politiker, der für seine Ideologie große Taten vollbracht hat."

Türkeş ist neben den Nationalisten Demirel und Ecevit der Politiker gewesen, der seit mehr als 35 Jahren die Richtung der türkischen Politik bestimmte. Er spielte bereits in den 40er Jahren eine entscheidende Rolle in der pantürkischen Bewegung. Türkeş gehörte während des zweiten Weltkrieges zu den Verbindungsmännern zwischen dem deutschen Außenministerium und dem Geheimdienst in der Türkei. Diese Verbindungen wurden auch nach dem Kriege weitergeführt, so z.B. zu Michael Kühnen (ANS-NA), Dr. Gerhard Frey (DVU), F.J. Strauß (CSU) u.a.

1944 wurde Türkeş verhaftet, weil er als Kopf der faschistischen Bewegung versucht hatte, die Türkei an der Seite des deutschen Faschismus aktiv in den zweiten Weltkrieg zu ziehen. In dem gegen ihn laufenden Verfahren sagte er damals folgendes: "Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verhaftet zu werden. Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer Rasse ist lebensnotwendig (...)."

Bis 1958 war Türkeş in der türkischen Militärmission in Washington tätig und knüpfte hier enge Kontakte zur CIA und zum Pentagon. Im gleichen Jahr besuchte er die "Schule für Atom- und Nukleartechnik" in der Bundesrepublik. Er gehörte

1960 zu den 32 Offizieren, die die damalige Menderes-Regierung stürzten. Nach dem Staatsstreich wurde er persönlicher Sekretär des Putschistengenerals Gürsel. Doch als er für die neuen Machthaber zu gefährlich wurde, wurde er zusammen mit 14 anderen in die türkische Botschaft nach Neu-Delhi entsandt. Nach seiner Rückkehr in die Türkei wurde er 1965 zum Vorsitzenden der rechtsextremistischen CKMP gewählt. 1969 hat er die Partei in MHP umbenannt. Bereits ein Jahr zuvor hatte er die "Grauen Wölfe" gegründet, die bis zum Militärputsch von 1980 mehr als 5000 linke Oppositionelle ermordeten.

Seit Anfang 1990, seit der Verstärkung des kurdischen Befreiungskampfes, wurde Türkeş von offizieller Seite zum Garanten der nationalen Einheit erhoben, da er die aggressivste Politik gegen die kurdische Befreiungsbewegung vertrat und der Staat in dieser Frage ausweglos war. Die bisherigen Koalitionsregierungen gingen so eine inoffizielle Koalition mit Türkeş' MHP ein. Da sich die Angehörigen der sogenannten Spezialarmee (Konterguerillaarmee) fast ausschließlich aus den Reihen der MHP rekrutierten, fühlte sich das reaktionäre türkische Regime abhängig vom Oberwolf Türkeş.

Der Sohn des türkischen Faschisten Türkeş, Tugrul Türkeş, hat die besten Chancen, Nachfolger seines Vaters zu werden. Aber auch Mehmet Agar, der ehemalige Chef der Konterguerilla und Innenminister, der im Zusammenhang mit dem Unfall von Susurluk zurücktreten mußte, wird als möglicher Nachfolger angesehen.

(Informationsbüro Türkei und Kurdistan, v. 6.4.1997)

**ZUM 108. GEBURTSTAG
"DES LETZTEN DEMOKRATISCH GEWÄHLTEN
DEUTSCHEN REICHSKANZLERS" ...**

... tönte die Stimme im Originalton des "Nationalen Infotelefon Rheinland - Stimme des nationalen Widerstands", hätten auch in diesem Jahr wieder einige Veranstaltungen stattgefunden. Was dann unter dem Strich zu vermelden war, nahm sich allerdings eher dürftig aus.

In den Niederlanden habe eine größere Veranstaltung stattgefunden, in Deutschland mehrere, allesamt in "privaten Räumen". Noch die größte sei die in Meschede gewesen, mit 40 Teilneh-

mern, organisiert von der Sauerländer Aktionsfront.

Im Osten gab es ebenfalls einige private Treffs, von denen mehrere von der Polizei aufgelöst wurden.

Eher durch Zufall wurde ein AntifaZ-Redakteur Zeuge einer Polizeiaktion in Recklinghausen, bei der eine private "Geburtstagsfeier" von Mitgliedern der "Kameradschaft Recklinghausen" aufgelöst wurde. Auf welcher Rechtsgrundlage, ist uns unklar. Möglicherweise hatten sich Nachbarn beschwert - in der in unmittelbarer

Nachbarschaft befindlichen Gastkirche finden u.a. regelmäßig Treffen des Recklinghäuser Flüchtlingsrates statt.

Dass die Faschisten eine Südstaatenfahne aus dem Fenster gehängt hatten, für deren Anbringen sie mehrere Versuche benötigten, deutet eher daraufhin, dass die Recklinghäuser Nazi-Szene wohl doch noch nicht so ganz "wieder da" ist, wie sie es bisweilen lautstark verkünden. Na, schau'n wir mal.

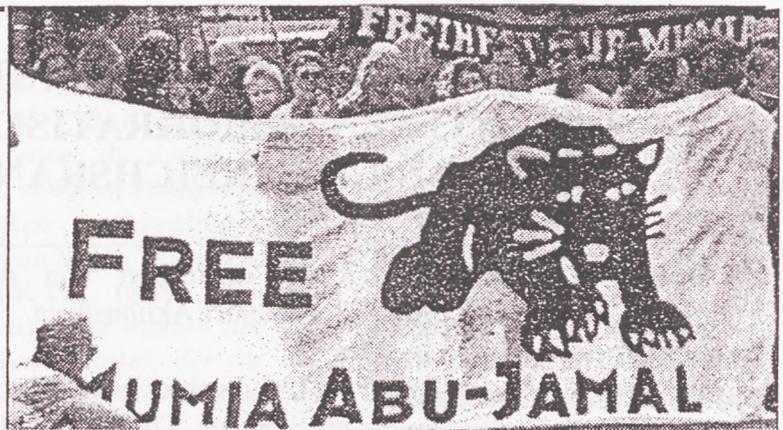
AFB Recklinghausen



Kameradschaftsmitglieder im Abmarsch

Massenkundgebung "Free Mumia" macht die Wall Street dicht

von W. Schweizer



Hunderte von Menschen versperren am 9. Dezember (1996)* während einer Massenkundgebung für die Freilassung von Mumia Abu Jamal um die Mittagszeit in New York die Kreuzung von Wall Street und Broad Street.

Diese Ecke ist der Ursprungsort des Kapitals der USA und das Zentrum des Finanzkapitals von heute - die New York Exchange (= New Yorker Börse)* zieht sich quer über die Straße.

Die Demonstration war in zweierlei Hinsicht bedeutsam. Erstens wegen des Platzes. Bis dahin waren die Leute häufig zur City Hall (= Rathaus)* von Philadelphia, zum Pennsylvania Statehouse (= Regierungsgebäude des Staates Pennsylvania)* in Harrisburg oder zum Justice Department (= US-Justizministerium)* in DC (= District of Columbia mit der US-Hauptstadt Washington)* marschiert. Am 9. Dezember aber waren Leute erstmals zum Ort der tatsächlichen Macht in den USA marschiert, dem Sitz der Banken und Konzerne, die einen großen Teil der Kampagnen aller Politiker finanzieren, die auf diesen Regierungssesseln sitzen und die die Gunst mit dem Einbringen und Durchsetzen der Gesetze des kapitalistischen Systems (corporate system) erwidern. In den letzten

Jahren haben die Nutznießer dieses Systems so sehr wie nie zuvor in die eigenen Taschen gewirtschaftet. Aber für Millionen anderer Menschen, zu denen auch Mumia Abu Jamal gehört, sieht die Welt etwas anders aus als die Seiten des diesjährigen Neiman-Marcus-Katalogs. Dieselben kapitalistischen Märkte, die ungeheure Summen von Reichtum an der Ecke zwischen Broad Street und Wall Street angehäuft haben, haben die Mehrheit der Weltbevölkerung dazu verdammt, von elenden oder gar keinen Beschäftigungen in beschissenen Behausungen zu leben, zu hungern und früh zu sterben. Und diejenigen, die das System nicht so erfolgreich an den Rand seines Marktes gedrängt hat, werden vom Staat hinausgesäubert in Gefängnisse und Hinrichtungskammern.

Welche Klasse wird in die Gefängnisse gesteckt?

Hier ist eine Klammerbemerkung angebracht. Hin und wieder mal geraten Mitglieder der Kapitalistenklasse so aus den Fugen, ihre Scheiße stinkt derart zum Himmel, daß sie von ihresgleichen hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Aber nicht für lange. Eine Woche vor der Massenkundgebung auf der Wall Street hat Charles Keating, einer der übelsten Trickbetrüger (flimflam artists) der 80er

Jahre auf dem Spar- und Darlehnsgebiet, wieder einmal einen neuen Prozeß bekommen, weil bei seinem Verfahren vor dem Bundesgericht eine Vorstrafe erwähnt worden war. Keating, dessen Transaktionen dazu geführt hatten, daß Tausende von Menschen ihre Wohnungen, Ersparnisse und in einigen Fällen ihr Leben durch Selbstmord verloren, ist immer noch ein freier Mann.

Mumia Abu Jamal dagegen hatte keine Vorstrafe, als er 1982 vor Gericht kam. Er wurde nicht zuletzt aufgrund des weitaus verschwommeneren "Beweises" seiner Schriften von 1969 für die Black-Panther-Partei zur Todesspritze verurteilt. Und Mumia, der natürlich niemals leitender Angestellter einer Spar- und Darlehnsbank gewesen war, hat somit auch keinen neuen Prozeß bekommen.

Der zweite Grund, warum die Kundgebung bedeutsam war, bestand im Sichtbarmachen einer wachsenden Einheit und Ausbreitung der ("Free-Mumia")*Bewegung. Die Menschenmenge war eine bunte Mischung von Studenten, Arbeitern, Kirchenleuten und Mitgliedern von Organisationen der Straße. Einige der Studierenden waren von weither angereist, um teilzunehmen. Sie kamen aus Ortschaften wie Greensboro (NC <= Nord-Carolina>*), Howard-Universität in Washington (DC), Kent State (= Universität des Staates Ohio in Kent)* in Ohio und

Trent-Universität in Petersborough (Ontario <Kanada>*). Das Mailhandlers' Union Local 300 (= Postarbeitergewerkschafts-Lokal 300)* stellte ein Kontingent mit seiner Fahne auf. Die Bewegung für das Überleben des Volkes der Ogoni in Nigeria hatte einen Vertreter entsandt. Ihr Führer Ken Saro Wiwa war ein Jahr zuvor von dem nigerianischen Militärregime hingerichtet worden. Die Almighty Latin King and Queen Nation's Asociation por Derechos de Confinados/Neta (= Vereinigung der Allmächtigen Lateinischen Königs- und Königinnen-Nation für Rechte von Eingesperrten/Die Reine)* kümmerte sich nahezu um die gesamte Absicherung der Kundgebung.

Die Zusammenkunft selbst kam zu einem kritischen Zeitpunkt im Kampf für die Freilassung von Mumia zustande. Erwartet wird, daß der Supreme Court (= Oberster Gerichtshof)* von Pennsylvania 1997 über den Antrag von Mumia auf einen neuen Prozeß befinden wird. Für den Fall, daß der Gerichtshof ihn ablehnt, womit die meisten Leute rechnen, hat Gouverneur Ridge angekündigt, er werde einen neuen Hinrichtungsbefehl (death warrant) unterzeichnen.

Der Marsch

Der Tag begann mit einem Höhepunkt der Einheit: einem ökumenischen Gottesdienst in der 300 Jahre alten John Street United Methodist Church (= Kirche der Vereinigten Methodisten an der John-Street)*. Das war bedeutsam, denn erstmals kam eine Gruppe von Geistlichen zusammen, um ihr eigenes Programm für Mumia vorzutragen. In dem Gottesdienst vereinigten sich Geistliche des christlichen, islamischen, jüdischen und Yoruba-Glaubensbekenntnisses, die Gebete für Mumia und für Gerechtigkeit für alle Menschen sprachen.

Nach dem Gottesdienst marschierten die Leute durch das untere Manhattan, machten an bekannten Plätzen von Unrecht Halt, z.B. vor dem US Court House (= Gebäude des Obersten Gerichtshofs der USA)* (wo 1951 dem Ehepaar Rosenberg der Prozeß gemacht und das Todesurteil verhängt worden war), vor dem Immigration Service (= Gebäude der Einwanderungsbehörde)* (wenn man weißer Hautfarbe ist, ist man willkommen), vor der City Hall (muß man dazu noch was sagen?).

Bei der Rückkehr zur Kirche in der John Street war die Prozession auf gut hundert Leute angewachsen, die an einer Pressekonferenz am späten Morgen teilnahmen, bei der die Geistlichen beredsame Erklärungen zugunsten eines neuen Prozesses für Mumia und gegen die Todesstrafe (death penalty) abgaben.

Nach Beendigung der Pressekonferenz marschierte die Menge in der Kirche - ohne Genehmigung - fünf Häuserblocks weit in den Geschäftsbereich der Stadt bis zum Platz der Massenkundgebung. Nach der Kundgebung fand ein weiterer Marsch statt - erneut ohne Genehmigung -, zurück zur Frontseite der Kirche. Dort versperrten die Menschen weit über eine halbe Stunde lang die John Street, sprachen miteinander, tauschten Informationen aus und hörten Ansprachen aus dem Stegreif zu. Obwohl sie stundenlang bei kaltem Wetter draußen gewesen waren, wollten die Menschen nicht nach Hause gehen.

Freiheit für Mumia!

*)Erläuterung durch Übersetzer.

(Text aus dem Englischen übersetzt von KD, aus: *Love & Rage, Revolutionary Anarchist Newspaper, Jahrgang 8, Heft 1, Januar/Februar 1997;*

das Heft zu 1 \$ + Porto zu beziehen über: P.O. Box 853, Stuyvesant Station, New York, NY 10009, USA; erscheint auch auf spanisch unter dem Titel Amor y Rabia, "gratis für Gefangene, Soldaten und AIDS-Kranke in den USA, Kanada und Puerto Rico".)

Erneute Entlastung für Mumia Abu Jamal

Für Schlagzeilen hat in Philadelphia (US-Staat Pennsylvania) die ehemalige Prostituierte Pamela Jenkins gesorgt. Sie erklärte auf einer von den Anwälten Mumias veranstalteten Pressekonferenz, sie sei 1982 von der Polizei unter Druck gesetzt worden, um gegen Mumia auszusagen. "Die Polizei wollte, daß ich lüge. Ich sollte aussagen, daß ich gesehen hätte, wie Abu Jamal den Polizeibeamten erschoss. Dabei habe ich in der Tatnacht überhaupt nicht in der Gegend gearbeitet, und die Polizei wußte das auch." Zur zweifelhaften Glaubwürdigkeit der Belastungszeugin Cynthia White aus dem Prozeß von 1982 sagte Pamela: "Die Polizei hat mir damals 150 Dollar dafür gegeben, daß ich den Kontakt zu Cynthia White herstellte. Cynthia hat mir nachher erzählt, daß sie von einem Polizeibeamten mit dem Tod bedroht worden sei, für den Fall, daß sie nicht gegen Abu Jamal aussagen werde." Cynthia White war die einzige Zeugin in Prozeß gegen Mumia, die behauptet hatte, sie habe gesehen, wie Mumia auf den Polizeibeamten geschossen habe. Nach ihrer Aussage waren Ermittlungsverfahren gegen sie wegen Hehlerei und Prostitution eingestellt worden. Seit 1987 ist sie "verschwunden". (Daten nach: JUNGE WELT, 14.04.97)

DIE WEWELSBURG

Geschichte einer Kultstätte, Teil III

Im vorliegenden Teil soll die Stellung der Wewelsburg in der SS-Organisation und SS-Ideologie dargestellt werden. Damit sollte diese Reihe ursprünglich abgeschlossen werden. Da aber inzwischen auf der Wewelsburg bedeutsame Veränderungen stattfinden, was die Darstellung der Nazi-Vergangenheit auf der Wewelsburg betrifft, wofür maßgeblich das dortige Kreismuseum verantwortlich zeichnet, wollen wir in einem abschließenden 4. Teil auf diese Veränderungen eingehen. Im folgenden jedoch zuerst eine Darstellung der Bedeutung der Wewelsburg für die SS, wie der "Reichsführer SS" sie sich vorgestellt hatte.

Himmlers "Walhall"

Der SS-Befehl vom 6. November 1935 markiert Himmlers Entscheidung, aus der Wewelsburg mehr zu machen als nur einen "Sammelpunkt für kulturhistorische Forschung", wie der SS-Obergruppenführer Udo von Woerysch ihren Verwendungszweck noch 1948 in einem Nürnberger Zeugenverhör bezeichnete.

Treffender umschreibt Karl Wolff, der ehemalige Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS, ihre Bestimmung:

"Die Burg war für die Zusammenkunft bei besonders feierlichen Gelegenheiten des höchsten SS-Führerkorps, zuerst nur für Männer, später einschließlich der Frauen, gedacht."

In Himmler war 1935 der Plan herangereift, die Wewelsburg zu einem geistig-religiösen "Bollwerk" seines SS-Ordens auszubauen.

Für die gigantischen Pläne eines zu schaffenden Gebäudekomplexes, deren Zentrum die Burg bilden sollte (siehe Abbildungen in diesem Text), zeichnete Hermann Bartels, Himmlers "Privat-Architekt", verantwortlich.

Bartels trat im April 1936 - unter Wahrung der Rechte eines Beamten auf Lebenszeit -

zunächst als "Zivilangestellter" der "Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler" hauptberuflich in den Dienst des Reichsführers - SS. Erst am 20. April 1938 erfolgte auf Befehl Himmlers seine Aufnahme in die SS. Bartels erhielt sofort den Rang eines Sturmbannführers und stieg bis 1943 zum Standartenführer auf. Zeugenaussagen kennzeichnen sein großes Ansehen bei Himmler mit der Bemerkung, dass er *"bei Himmler alles durchsetzte, was er wollte"*.

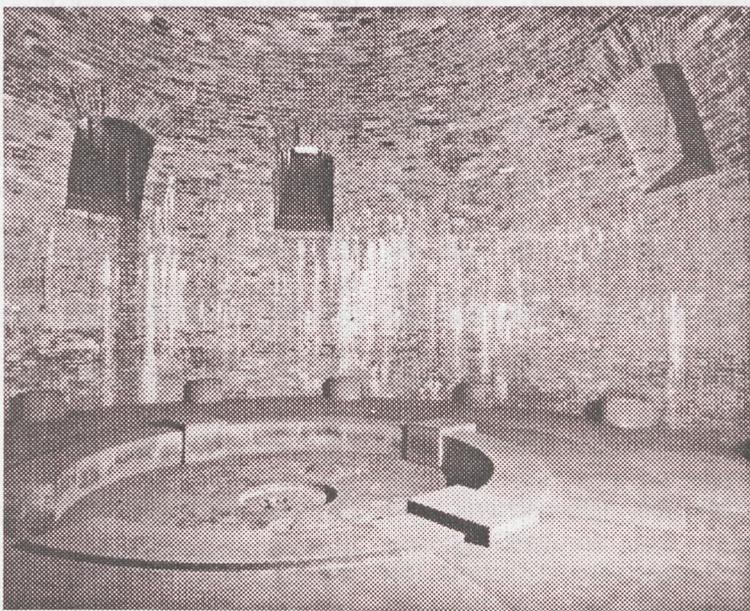
Bartels hatte u.a. den Wettbewerb zur Gestaltung des

"Parteiforums" in Münster, *"der Hauptstadt der Bewegung im Gau Westfalen-Nord"* gewonnen, und sowohl Hitler als auch Albert Speer zollten ihm hohes Lob.

Innerhalb des Burgkomplexes sollte insbesondere der Nordturm als Kultstätte ausgebaut werden.

"Mittelpunkt der Welt"

Himmler hatte nicht vor, die Wewelsburg zu einer ähnlichen privaten Kultstätte zu machen, wie dies Göring mit "Karinhall" gemacht hatte. Für ihn sollte die Wewelsburg tatsächlich das zukünftige geistig-religiöse



Die sogenannte Gruft

Zentrum der SS werden, und der Nordturm wiederum das "Allerheiligste".

Im Keller, der ehemaligen Burgzisterne, sollte ein kuppelförmiger "Feierraum", im ehemaligen Erdgeschoß des Nordturms eine "Säulenhalle" entstehen. Darüber war ein durch die drei alten Geschosse hindurchgehender und nur durch Oberlicht erhellter zweiter Kuppelsaal geplant. Den Abschluß des Turmes sollte eine Plattform aus Eisenbeton oberhalb der Kuppel bilden, den Zugang zum Keller geschoß sollte eine Freitreppe vom Innenhof aus erschließen.

Im Januar 1943 waren die Turmgeschosse bis auf einige Restarbeiten fertig ausgeführt, sie wurden in den erhaltenen Monatsberichten der "Gesellschaft" als "Gruft" (Kellergewölbe) und als "Obergruppenführersaal", der nie erbaute Kuppelsaal als "Gruppenführersaal" bezeichnet.

Beim Umbau des Turmkellers mußten KZ-Häftlinge den Fußboden um 4,40 m absenken. Der heutige Raum mit einer Scheitelhöhe von 9,50 m und einem Durchmesser von knapp 14 m wird durch eine aus Beton gegossene Schale gebildet, die innen mit Naturstein verblendet ist. In der Mitte des Fußbodens ist ein Becken mit einer Vertiefung eingelassen, in das eine dreistufige Treppe hinabführt. In gleichmäßigen Abständen stehen 12 runde Steinsockel an der Wand. Im Zentrum der Kuppel ist ein stilisiertes Hakenkreuz angebracht. Die Beleuchtung erfolgt durch vier Fenster an der Außenseite des Turms. Das Licht fällt durch Schächte ein, deren Achsen sich unterhalb des Beckens im Fußboden schneiden. Bei natürlicher Beleuchtung tritt dieser zentrale Bereich optisch hervor,

weil er als einziger direkt ausgeleuchtet wird.

Kein Zufall, dass dieser Raum im Volksmund "Walhalla" genannt wird (natürlich gab es im Dritten Reich zahlreiche "Walhalla"s, wohl die bekannteste liegt auf einem Bergrücken an der Donau).

Die "Walhalla" im Keller des Nordturms ist allerdings zweifellos 'etwas Besonders': Wenn man sich unmittelbar an der Wand aufhält, ist eine Verständigung durch den ganzen Raum hindurch mit gedämpfter Stimme möglich; im Mittelpunkt hört man ein mehrfaches Echo.

Vier faustgroße Löcher im Hakenkreuzornament sind lange als Rauchablaß gedeutet worden, da die mündliche Überlieferung berichtete, in der Gruft seien die hölzernen Wappenschilder der verstorbenen SS-Gruppenführer verbrannt worden.

Allerdings existiert unter der steinernen Schale im Fußboden ein - nicht fertiggestelltes - Gasrohr, was nahelegt, dass in der Schale vermutlich eine 'ewige' Flamme entzündet werden sollte - es liegt nahe, dass hier etwas ähnliches wie eine "Grals"-Verehrung wie in der Parzival-Legende geplant war.

Sicher ist - weil in Quellen überliefert -, dass sich in der Säulenhalle, nach dem kostbaren Fußboden auch "Marmorsaal" genannt, im Erdgeschoß zu besonders feierlichen Anlässen die SS-Obergruppenführer versammeln sollten.

In der Mitte ist in den Fußboden aus grünem Marmor in schwarzem Stein ein symbolisches Sonnenrad eingelegt. Eine schwarze Marmorscheibe bildet das Zentrum; nach mündlicher Überlieferung soll sich hier eine Goldplatte befunden haben. Die 12 Speichen des Rades, die die Form der Sig-Rune haben,

weisen jede auf eine Säule. 12 Säulen umschließen den Innenraum, Fenster und Türen sind wiederum in 12 Nischen in der Außenwand angebracht.

Egal, ob die Zahl 12 sich auf die 12 SS-Hauptämter bezieht oder auf 12 "Ritter der Tafelrunde", es ist ja aus zahlreichen anderen Dokumenten bekannt, dass die Nazis und insbesondere der "Orden unter dem Totenkopf" die Artuslegende und andere Rittergeschichten nutzten, um sich bzw. dem innersten Kern ihrer 'arischen Elite' eine besonders weihevollere Erhöhung zukommen zu lassen.

Beide Räume tragen stilistisch die Merkmale des von NS-Architekten für repräsentative Bauten bevorzugten "Triumphalismus". Die Formen sind bis in architektonische Details mit modernen technischen Mitteln nachgestaltete Wiedergaben von Vorbildern aus früheren Epochen. Die Säulenhalle folgt dem Schema spätantiker und frühmittelalterlicher Grab- bzw. Palastkapellen; die "Gruft" ist einem mykenischen Kuppelgrab nachgestaltet.

NS - Megalomanie

Anfang 1940 erfolgte unter dem Eindruck der ersten Siege wie an vielen Stellen im "Reich" auch in Wewelsburg "eine neue Periode des Groß-Bauens und eine nochmalige Steigerung der Proportionen", zur "Megalomanie" (= Größenwahn), wie Joachim Petsch es treffend ausdrückte (1).

Aber auch in Wewelsburg wurde die Planungsphase nicht überschritten.

Die rechtliche Grundlage für die gewaltige Ausdehnung des Bauprojekts bildete der "Erlaß des Führers und Reichskanzlers über bauliche Maßnahmen im Gebiet der Wewelsburg" vom

12. Juli 1940. Unter dem gleichen Datum, 20 Tage nach dem Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich, unterzeichnete Hitler weitere Erlasse über städtebauliche Maßnahmen in Königsberg, Oldenburg, Posen und Saarbrücken.

nordwestlicher Richtung gradlinig auf die Burg zu verlaufen und als Prachtstraße mit 4 Baumreihen ausgebildet werden soll. Sie erhält nach Süden hin Verbindung mit einer Auffahrt der Reichsautobahn Rhyern-Kassel. Das eigentliche Burggelände wird durch einen

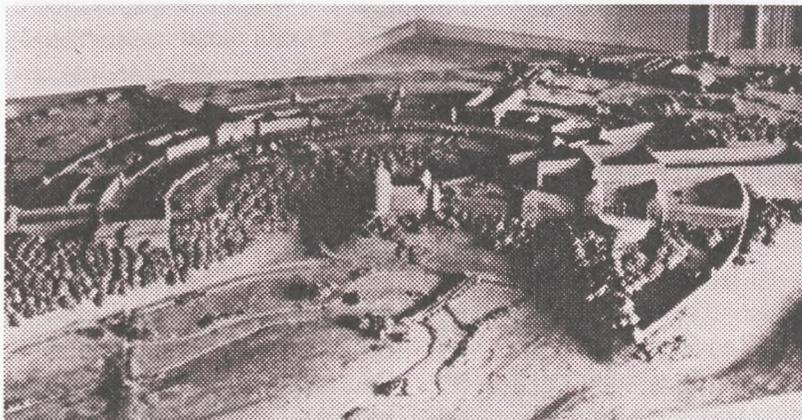
Südwesten des Burggeländes sollen größere Bauernstellen, insbesondere die Erbhöfe, eingerichtet werden, die im weiteren Verlauf auch als geordnete Streusiedlungen, etwa 3-4 Stellen um Straßenkreuzungen gruppiert, angelegt werden.

Die Provinzialstraße, die bisher nach Überschreitung des Almetals in mehreren, z.T. unübersichtlichen Kurven am Ostrande des alten Dorfes vorbeiführt, soll in Zukunft durch einen etwa 350 m nördlich vom Bahnhof Wewelsburg anzulegenden Viadukt über Almetal und Eisenbahn geführt und dann mit einem Halbkreis von 1115 m Halbmesser als Umgehungsstraße um das Dorf herumgeführt werden. Dieser Straßenzug erhält Verbindung sowohl mit der am Gutshof Böddecken vorbeiführenden Landstraße 1. Ordnung wie auch mit der eingangs erwähnten Zufahrtsstraße zur Reichsautobahn." (2).

Die immer strengere Ausrichtung auf das durch die alte Burg gebildete gleichschenklige Dreieck und insbesondere auf die Nord-Süd-Achse in der Mitte vermittelt in der von Himmler 1944 genehmigten Endfassung aus der Vogelperspektive den Eindruck einer Speerspitze. Amerikanische Forscher haben die Ansicht geäußert, mit dieser Gestaltung werde bewußt Bezug genommen auf den "Speer des Longinus" (siehe auch Teil I dieser Reihe).

Welchen praktischen Zweck dieses SS-Projekt haben sollte, beschreibt der Beschluß des Oberpräsidenten der Landeskulturabteilung zur Eröffnung des Umlegungsverfahrens in Wewelsburg wie folgt:

"Die Reichsführung - SS beabsichtigt, im Bereich der Gemeinde Wewelsburg eine



Modell der geplanten Burganlage

Mit der Durchführungsverordnung vom 18. Oktober 1940 erhielt Himmler endgültig die Handhabe, nahezu uneingeschränkt über das Schicksal Wewelsburgs bestimmen zu können. Inzwischen hatte Bartels das Grundmodell einer neuen Burganlage entwickelt und die Eröffnung eines Umlegungsverfahrens mit dem Ziel einer Umsiedlung des ganzen Dorfes einleiten lassen. Nach dem Vermerk der Landeskulturabteilung im Oberpräsidium Münster vom 6. Mai 1941 stellte Hermann Bartels sein Planungskonzept folgendermaßen vor:

"Der Ausgangspunkt des ganzen Entwurfs ist der Mittelpunkt des nördlichen Turmes der Wewelsburg, deren Grundriß ein gleichschenkliges Dreieck bildet. Die Höhe dieses gleichschenkligen Dreiecks ist die Richtung der Hauptzufahrtsstraße, die 2 km lang in nord-

3/4-Kreis von 430 m Halbmesser eingeschlossen und durch eine Mauer mit 18 Türmen abgeschlossen. Innerhalb dieses Burggeländes wird eine größere Anzahl von Bauten aufgeführt, die ausschließlich den Zwecken der Reichsführung - SS dienen.

Mit einem Halbmesser von 635 m legt sich um den Mittelpunkt des nördlichen Turmes der Wewelsburg die Hauptstraße des künftigen Dorfes. Diese Hauptstraße wird durch 3 radial angeordnete Straßen und durch besondere Toreingänge mit dem Burggelände verbunden. Die SS-Siedlung soll im Nordwesten, der eigentliche Dorfkern im Norden, die SS-Kaserne im Westen des Burggeländes angelegt werden. Zwischen der Kaserne und dem Dorf ist im jetzigen Gemeindegewald eine Villenkolonie für die höheren SS-Führer vorgesehen. Im

Verwaltungszentrale - verbunden mit einer Erholungsstätte und einer SS-Kaserne - zu errichten." (3).

Die Pläne weisen den Standort der SS-Kaserne und eines Sportgeländes in der Nähe von Niederhagen aus, ferner in einigem Abstand einen rechteckigen Gebäudekomplex mit Innenhof, nach der üppig wuchernden örtlichen Überlieferung sollte hier das sogenannte "Heim der Burgmädel" mit 300 Betten entstehen..

Ohne auf die damit verbundenen Vorstellungen näher einzugehen, sei vermerkt, dass in den Quellen keinerlei Hinweis enthalten ist, dass etwa in Wewelsburg ein "SS-Lebensborn-Heim" gegründet werden sollte. Der Begriff "Verwaltungszentrale" diente offensichtlich genauso wie die Bezeichnung "SS-Schule" nur zur Verschleierung der wirklichen Absichten Himmlers.

Zur ideologischen Bedeutung der Wewelsburg für Himmlers SS-Orden

Mit Schreiben vom 26. Februar 1944 aus der "Feld-Kommandostelle" teilte Himmler seinem Burghauptmann, dem SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Siegfried Taubert mit, die Burg könne im Frieden "allenfalls" folgendermaßen genannt werden: "Wewelsburg - Reichshaus der SS-Gruppenführer" (4).

Offenbar um die künftige ideologische Bedeutung der Wewelsburg für den SS-Orden zu unterstreichen, hatte Himmler den Burghauptmann Taubert bereits am 11. September 1938 anlässlich der Nürnberger Reichsparteitages zum SS-Gruppenführer ernannt, obwohl der tatsächliche Ausbauzustand des Projekts diesen hohen

Führerrang in keiner Weise rechtfertigte.

Mehrere Aussagen in seiner langen Rede auf der alljährlichen Versammlung der SS-Gruppenführer am Vorabend der Gedenkfeiern zu Ehren der "Helden des 9. November 1923" bestätigen die Auffassung, dass die Wewelsburg für das III. Reich vor allem die Funktion eines ideologischen Zentrums erhalten sollte.

Zunächst kündigte der Reichsführer-SS eine zweite Zusammenkunft der SS-Gruppenführer für "jedes Jahr im Frühling auf der Wewelsburg" an. (5)

Weiter erklärte er:

"Die Vereidigung der Gruppenführer, die noch nicht vereidigt worden sind, werde ich in Zukunft - das gilt auch heute schon - nicht auf dieser Gruppenführerbesprechung, sondern auf der Wewelsburg vornehmen. Ich werde dann dazu die Gruppenführer, die in ihrer Verpflichtung als Gruppenführer zeitlebens für die Rassen- und Blutsgesetze eintreten, im nächsten Jahr auf die Wewelsburg einladen." (6)

Machen die bisherigen Ausführungen auch bereits deutlich, dass die Wewelsburg nach Himmlers Absicht durch die Wiederaufnahme als positiv empfundener mittelalterlicher Traditionen gleichsam der Kristallisationspunkt für die Bildung einer neuen Tradition werden sollte, um z.B. bei "Kerlen" wie Eicke und Sepp Dietrich auf der einen und "Herren" wie etwa dem ehemaligen Gardeoffizier Karl Wolff (7) oder gar dem Erbprinzen Josias zu Waldeck und Pyrmont einen gemeinsamen Korpsgeist zu entwickeln, so bedurfte es dazu noch einer ideologischen Überhöhung.

Zu diesem Zweck ließ Himmler von Wiligut-Weisther den SS-Totenkopfring als das eigentliche Ordenssymbol der SS entwerfen. Auf die Bedeutung dieses Runen-Rings hat bereits Akkermann (8) aufmerksam gemacht, für uns bedeutsam ist allerdings, daß Himmler bereits 1938 die Wewelsburg zum Aufbewahrungsort für die Totenkopfringe bestimmte. der Totenkopfring mußte nach dem Tode des Trägers an den Reichsführer-SS zurückgegeben werden.

In der angesprochenen Rede vor einem unbekannte Zuhörerkreis hatte Himmler erklärt:

"Warum ich die Dinge zurückverlange, hat seinen bestimmten Grund: als Erinnerung an jeden einzelnen SS-Führer und SS-Mann. Es ist da (auf der Wewelsburg, d.V.) ein Schrein da, da werden diese Ringe aufgehoben, und ich glaube, es wird für alle kommenden Generationen ein unerhört schönes Erinnern sein, zu wissen, daß dies Ringe sind, die Generationen von Offizieren der SS in schweren und leichten, in guten und schlechten Zeiten getragen haben. Ich glaube, daß man damit ein Stück Tradition allmählich wachsen lassen kann. Künstlich schaffen kann man sie nicht, und daß wir damit, mit diesen Ringen, die dableiben, mit den Dingen, die verliehen werden, mit den Feiern, mit all dem inneren Leben, das hier wieder wach geworden ist, daß wir damit vielleicht Wichtigeres getan haben, als die Schutzstaffel, sagen wir, mit einer mustergültigen Organisation oder mit einem tadellos marschierenden Regiment oder mit schönen sportlichen Erfolgen für Deutschland tun kann. Ich glaube, daß diese inneren Dinge vom Herz, von der Ehre,

vom Gemüt wirklichster tiefster Weltanschauung doch letzten Endes die Dinge sind, die uns die Kraft geben, die Kraft für heute, und die uns die Kraft geben für jede Auseinandersetzung und jede Schicksalsstunde, die in den nächsten 30, 50, 100 Jahren an Deutschland und vielleicht an uns herantritt." (8).



Totenkopfring der SS

Als Ergänzungen zu diesen Ausführungen sollen noch einige Sätze aus einem sogenannten "Arbeitsbericht betr. Verleihung des Totenkopfringes der SS" vom 1. Januar 1945 zitiert werden. es heißt dort:

"Die Ringe von gefallenem und verstorbenen SS-Angehörigen werden an einem würdigen Ort zur Mahnung kommender Geschlechter vom jeweiligen Reichsführer-SS auf der Burg 'Haus Wewelsburg' aufbewahrt, während die Ringe der auf andere Art Ausgeschiedenen eingeschmolzen werden." (9)

Ohne Zweifel sah Himmler in der Wewelsburg viel mehr als nur die künftige Stätte der Spitzenrepräsentation seines

SS-Ordens, und die Ergebnisse der Untersuchungen bestätigen die Feststellung der Herausgeber der "Geheimreden" (10), dass Himmler auf der Burg eine "neu-germanische" Tradition schaffen und sie selbst zum Mittelpunkt einer pseudoreligiösen "nationalsozialistischen Glaubenspflege" machen wollte, was auch immer man darunter verstehen mag angesichts der wenigen konstanten Elemente der NS-Ideologie wie der Lehre - von der Ungleichheit der Menschenrassen, - von der Vorherrschaft der "arischen Rasse", - von der Verpflichtung zur Ausrottung aller "rassisch minderwertigen" Menschengruppen, - von der Gründung eines großgermanischen Reiches und der Gewinnung von "Siedlungsraum im Osten" und schließlich als Besonderheit der SS - von der "Aufnordung" der Menschen durch "Züchtung". Fest spricht vom "Ordinationscharakter" der auf der Wewelsburg vorgesehenen Feiern, von einem "für die Beteiligten immer wiederholten Akt einer Weihe und Berufung in eine alle herkömmlichen Bindungen übersteigende totale Verpflichtungsgemeinschaft" (11).

In der Wewelsburg ist keine einzige der für Himmlers Zielsetzung wesentlichen Baumaßnahmen zum Abschluß gekommen. Aber bereits für den Torso mußten fast 1300 KZ-Häftlinge ihr Leben lassen.

Den zerstörerischen Grundsätzen der SS folgend, hat Himmler die Burg am 31. März 1945 sprengen lassen, um sie nicht den alliierten Truppen zu überlassen.

Aber wie so oft in ihrer wechselvollen Geschichte, wurde sie

schnell restauriert, und die Frage stellt sich heute, ob Himmlers Geist nicht versteckt oder zunehmend offener in Wewelsburg oder anderswo Folgen zeitigt.

Der abschließende IV. Teil wird darauf eingehen.

Stephan W. Born

Anmerkungen:

(1) Joachim Petsch, Baukunst und Stadtplanung, Kapitel: Architektur und Städtebau im Dritten Reich: Analyse und Interpretation, S. 184

(2) LA f. Agrarordnung Arch. Nr. 302, Aufsichtsakte Bl. 58

(3) LA f. Agrarordnung Arch. Nr. 302, Aufsichtsakte Bl. 36

(4) BA NS 19/201

(5) Vgl. H. Himmler, Geheimreden, S. 26

(6) Ebd., S. 43 f.

(7) Vgl. die Zeugenaussage Wolffs vom 6.6.1947: "Eicke ist eigentlich ein Kerl gewesen, kein Herr", IfZ ZS 317, S. 7

(8) Vgl. J. Ackermann, Heinrich Himmler als Ideologe, S. 72. Anm. 183 zur Bedeutung des Totenkopfringes mit Interpretation der Runenzeichen auf dem Ring.

(9) NA Washington, F 175, roll 191.

(10) J. C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, S. 160

(11) J. C. Fest, a.a.O., S. 159.

OPEN UP SOLIDARITÄT STATT EU

DEMONSTRATION von
Vaals (NL) nach Aachen
(D)

Über Grenzen reden die EU-Verantwortlichen viel. Weniger reden sie davon, was genau mit diesen Grenzen passiert und wie unterschiedlich sie gehandhabt werden. So gilt die Öffnung der Grenzen hauptsächlich Kapitalströmen. Für Menschen aber, vornehmlich aus nicht EU-Staaten, werden die Grenzen nicht geöffnet. Zusätzliche Grenzen finden sich in Bahnhöfen, Flughäfen und Gemeindeinstanzen. Polizei und Justiz dagegen gehen ungehindert über alle Grenzen hinweg. So weit sogar, dass das "Öffnen der Grenzen" umgemünzt wurde in deutsches "Öffnen" von niederländischen Türen...

EUropa

Der Begriff "Grenze" wird von der EU flexibel angepaßt an die jeweils zu erreichenden Ziele. So werden für die Kapitalströme alle Grenzen aufgehoben, nicht nur innerhalb, auch außerhalb der EU. Reiche und mächtige Unternehmen können so von einem auf den anderen Tag ganze Fabriken schließen und an Orten mit billigerer Arbeit oder lockereren

Umweltgesetzen wieder öffnen. Gleichzeitig legen die EU-Mitgliedstaaten sich selbst strikte Grenzen auf, die von ihnen erfundenen "Euro-Kriterien", die von ihnen zu einer Art "Naturgesetz" hochstilisiert werden. Sozial- und Umweltpolitik werden diesen Kriterien geopfert, und Politik im allgemeinen wird zu einem Prozenspielchen gemacht, ohne jeden Raum für andere Ideen für eine menschenwürdige Zukunft. Radikale Alternativen werden ins "Undenkbare" befördert.

Als Folge dieser Politik sind innerhalb der EU 20 Millionen Menschen offiziell erwerbslos, 50 Millionen leben in Armut. der Abbau der Sozialstaatlichkeit grenzt immer weitere Teile der Bevölkerung aus; die Aufsplitterung der Gesellschaft wird durch immer mehr Kontrolle aufgefangen. Für die Opfer dieser Politik, Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen bleibt manchmal nichts anderes, als zu HelferInnen des Systems gemacht zu werden - als staatliche KontrolleurInnen oder Putzkräfte in öffentlichen Anlagen.

Gegen die 3. Säule der EU

Für die Menschen, die keinen EU-Pass besitzen, werden die Grenzen immer schärfer gezogen.

Nicht nur an sog. Außengrenzen der Festung Europa wird eine militärische Abschreckungsmaschinerie aufgebaut. Auch in Flughäfen und auf Meeren außerhalb der EU wird schon patrouilliert. Es wird alles getan, um zu verhindern, dass Menschen nach EUropa flüchten. Nicht durch eine gerechtere Verteilung des Reichtums, sondern durch militärisch-diplomatisches Eingreifen. Innerhalb der EU werden die Grenzen an anderen Orten aufgebaut. Sie finden sich in Bahnhöfen, in Innenstädten und innerhalb der Bürokratie. Razzien, Illegalisierung und menschenverachtende Arbeits-

Anzeige:

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- aus Kurdistan
 - über die Solidaritätsbewegung
 - von den Kurdenkongressen
 - Dokumente
 - u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr
Jahresabonnement 52,- DM
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:
GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:
BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief**

.....

.....

.....

Ausschneiden u. schicken an:
GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln

Wohn- und Gesundheitsbedingungen breiten sich aus. So findet eine lebensgefährliche Ausschließung von sozialer und medizinischer Versorgung statt.

Um diese Pläne durchzusetzen, werden die Grenzen der sogenannten Inneren Sicherheit immer weiter ausgedehnt und Justiz- und Polizeibefugnisse immer weiter ausgebaut. Datenbanken, Computer und Kameras erlauben eine lückenlose Erfassung, eine großeuropäische Überwachungsgesellschaft, die jeden Bruch mit der Norm gnadenlos aufspüren soll.

Deutsche Polizei vor niederländischen Türen

Mit den zur Zeit in Arbeit befindlichen neuen Auslieferungsabkommen versuchen die EU-StrategInnen, sich auf eine neue Ebene zu stellen. Jede in einem EU-Staat begangene angeblich strafbare Handlung soll in jedem anderen EU-Staat verfolgbar sein, auch wenn diese Handlung in dem jeweiligen Staat völlig legal ist. In diesem Stil durchsuchte die deutsche politische Polizei, eifrig unterstützt durch die niederländische Justiz, die Wohnung eines spanischen Staatsangehörigen in Vaals (NL).

Grundlage dieser Durchsuchung war die vermutete Mitarbeit an der deutschen linken Zeitschrift "radikal". Diese Zeitschrift ist nur in Deutschland verboten und wird seit über zwei Jahren unter dem berüchtigten "Anti-Terror-Paragrafen", dem § 129 Strafgesetzbuch, verfolgt. Erstmals in der Geschichte versucht die deutsche Justiz, die vermeintliche Redaktion einer Zeitschrift als kriminelle Vereinigung zu behandeln, und breitet diesen Versuch auch in die Niederlande aus.

Als in den 80er Jahren ein Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift in die Niederlande flüchtete, urteilten die Niederlande noch, dass diese Verfolgung ausschließlich politisch begründet war. 10 Jahre später wird bedenkenlos mitgespielt, sogar ohne zu fragen, ob dieses Verhalten überhaupt legal ist. Ein Vorausblick auf kommende Zeiten...?!

Die Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D)

Gerade darum haben wir, linke Menschen, die in Deutschland und in den Niederlanden wohnen, beschlossen, eine Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D) zu organisieren. Eine Demonstration über die Grenze. Nicht weil die alten nationalen Grenzen uns besonders interessieren, sondern weil wir uns gemeinsam wehren wollen gegen diese EU-Politik. Weil wir gemeinsam Grenzen aufmachen wollen unter uns und für alle, die nach Europa kommen wollen oder müssen. Weil wir keine EU wollen, aber ein ganz anderes Europa und eine ganz andere Welt.

Wir sind uns sehr darüber bewusst, dass eine grenzüberschreitende Demonstration auch Nachteile hat: Viele werden wohl kaum daran teilnehmen können, weil sie nicht die richtigen Papiere haben.

Andererseits kann und soll die Demonstration auch mobilisieren gegen den EU-Gipfel vom 14.-17. Juni in Amsterdam. Dort wollen die Herrschenden ihre weiteren Pläne festlegen. Ein breites "Bündnis von unten" wird sich dagegen zur Wehr setzen, Alternativen diskutieren und versuchen, den Gipfel zu stören. Gegen die übernationalen Pläne der EU

können wir uns nur international wehren, wollen wir nicht in Nationalismus verfallen. Viele Menschen innerhalb der EU haben das schon begriffen und organisieren sich.

Wir wollen mit dieser Demonstration den deutschen Staat weiter unter Druck setzen, die absurde Hetzkampagne gegen die "radikal", die er innerhalb und außerhalb seines Rechtsbereichs immer weiter auszubreiten versucht, endlich zu stoppen. Wie weit die juristische Komplizenschaft der Niederlande geht, wird sich Ende Juni zeigen, wenn in Maastricht das Gerichtsverfahren auf Herausgabe der bei der Durchsuchung in Vaals beschlagnahmten Sachen läuft. Wir rufen alle dazu auf, auch da anwesend zu sein und zu protestieren.

*** Es gibt keine ungesetzlichen Menschen, nur unmenschliche Gesetze**

*** Offene Grenzen für alle**

*** Nur gemeinsam können wir die EU kippen**

*** Einstellung aller "radikal"-Verfahren**

**DEMONSTRATION: 24. MAI 1997,
12.00 UHR. VAALS,
BEGINN:
CLERMONT PLEIN**

Hermann Bogdal

(Autor der Buchserie "Rote Fahnen im Vest")

WAS IST WICHTIG

Leben, Kampf und Schicksal des Kommunisten Paul Langer

Geleitwort von Prof. Dr. Werner Boldt, Historiker an der Universität Oldenburg, Vorsitzender des DIZ - Dokumentations- und Informationszentrum Emslager e.V. Papenburg

In jahrelanger Forschungsarbeit hat der ehemalige Moorsoldat **Hermann Bogdal** den Lebensweg seines einstigen Kampfgefährten und Lagerkameraden rekonstruiert. Der Landarbeiter und spätere Bergmann Paul Langer war als Kommunist im Emslandlager Aschendorfermoor und im KZ Sachsenhausen inhaftiert gewesen. Nach seiner Befreiung blieb er in der späteren DDR. Hier wurde er beschuldigt, unter der Gestapo-Folter Genossen verraten zu haben. Der Status eines "antifaschistischen Widerstandskämpfers" wurde ihm aberkannt.

Nach dem Tod Langers und dem Ende der DDR konnte der Autor anhand von Dokumenten diesen Fall wieder aufgreifen. Er gibt dabei einen tiefen Einblick in von Kommunisten geführte interne Auseinandersetzungen, die im Zusammenhang mit politischen "Säuberungen" in der SED Anfang der 50er Jahre standen.

Der Autor, Hermann Bogdal, war aktiver Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand. Er war viele Jahre als politischer Häftling in einem der berüchtigten Lager des Emslandes. Er wurde von vielen Schulen im Stadt- und Landkreis Recklinghausen und von Gewerkschaften zu Berichten und Seminaren über Widerstand und Verfolgung, über das Schicksal politischer Häftlinge in den Emslandlagern eingeladen.

Hermann Bogdal ist Mitbegründer des DIZ in Papenburg und für dieses Dokumentations- und Informationszentrum tätig.

Das Buch kann bestellt werden beim Autor:

Hermann Bogdal, Im Siepen 27, 45739 Oer-Erkenschwick, Tel: 02368/1501

Das Buch hat 220 Seiten und kostet 29,90 DM, zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten.

BRIEF AN DIE LESERINNEN DER ANTIFAZ

Hallo !

Ich heiße Yusuf Demiroglu und lebe seit mehr als 5 Jahren in der BRD, ich wohne in Wanne-Eickel.

Ich bin aus meinem Heimatland Türkei/Kurdistan geflohen und habe in der BRD am 10.11.1991 einen Asylantrag gestellt.

Mein erster Asylantrag wurde abgelehnt, der Grund dafür war, dass nicht genügend Beweismittel da waren, dass ich in der Türkei politisch aktiv war, und dafür,

dass mein Leben in der Türkei gefährdet ist.

Ich bin im Alter von 16 Jahren aus der Türkei geflohen - es ist klar, dass ich in meinem Heimatland im Alter von 15-16 Jahren keine 'großartigen' politischen Aktivitäten gemacht habe.

Unsere Stadt Pazarcik war vor dem Militärputsch 1980 und auch nach dem Putsch politisch eine der aktivsten Städte in der Türkei und ist es immer noch.

Unsere Familie war vor und nach dem Putsch politisch aktiv, viele meiner Verwandten leben nicht mehr dort, weil sie ins Gefängnis gesteckt und gefoltert worden sind.

Der Hauptgrund, warum ich aus der Türkei geflohen bin, waren die politischen Aktivitäten meines ältesten Bruders. Er war in der TDKP aktiv und wurde immer wieder von türkischem Militär von zu Hause weggeholt. Ich war damals klein und wußte nicht so genau, was die Soldaten von ihm wollten. Als ich etwas älter geworden war, wurde mir klar, dass er gegen die türkische Regierung war, denn die Regierung wollte nicht, dass die Menschen ihre Rechte forderten oder dafür kämpften. Besonders die kurdische Bevölkerung wird von der türkischen Regierung unterdrückt.

Als mein älterer Bruder aus der Türkei geflohen war, wurde er politisch in der Schweiz aktiv, er arbeitete dort in einer Zeitschriftenredaktion der "Gercek", das heißt auf Deutsch "Wahrheit". Unsere Familie in der Türkei wurde deshalb noch mehr unterdrückt und bedroht. Auch, weil mein älterer Bruder und ich und auch die anderen Geschwister noch aktiver geworden sind, weil wir politisch dazugelernt hatten.

Wenn die BRD sagt, du kannst ruhig in dein Heimatland zurückgehen, finde ich das nicht richtig. Vielleicht hat man eine Chance, wenn man hier nicht politisch aktiv ist. Aber bei mir ist das nicht der Fall - mein älterer Bruder wird in der Türkei offiziell gesucht, wegen seiner politischen Einstellung und auch wegen seiner politischen Aktivitäten in der Schweiz.

Viele Asylbewerber, die in die Türkei abgeschoben werden, werden gefoltert oder angeklagt, weil sie im Ausland gegen die türkische Regierung aktiv waren.

Die türkische Regierung besteht aus Betrügern und Mafia-Leuten.

Ein Autounfall hat das alles bewiesen - vor einigen Monaten wurden ein Polizeidirektor, der Mitglied der MHP (Graue Wölfe) war und der schon in der Schweiz und auch in Frankreich wegen Drogenhandel im Gefängnis gesessen hat, zusammen mit einem Abgeordneten der Regierungspartei und zwei

anderen Parteimitgliedern entdeckt.

Mein letzter Asylantrag wurde am 4.3.1997 abgelehnt. Das heißt, es droht mir die Abschiebung.

In den fünf Jahren, die ich hier bin, habe ich an vielen politischen Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die türkische Regierung und ihre Politik gegenüber den Kurden teilgenommen. Ich habe anfangs für die TDKP gearbeitet und Jugendliche für die Partei geworben und organisiert, ich bin auch heute noch politisch aktiv.

Zur Zeit arbeite ich in einer Vorbereitungsgruppe für das 8. Internationale Pfingstjugendtreffen in Gelsenkirchen und setze mich für Internationale Soldarität und Völkerfreundschaft, gegen Faschismus und Rassismus ein. Ich will nicht zurück in meine Heimat, auch, weil dort der Militärdienst auf mich wartet. Ich will nicht auf meine eigenen Leute schießen, und niemand kann mir die Garantie geben, dass mir das in der Türkei nicht passiert.

Viele Asylbewerber, die abgeschoben worden sind, wurden von der türkischen Regierung bedroht und ins Gefängnis gesteckt.

Ich sammle Unterschriften für mein politischjes Asyl. Wenn Ihr unterschreiben wollt, könnt Ihr Unterschriftenlisten bekommen bei:

Ali Demiroglu
Talstr. 4
44649 Herne

+++ Kurznachrichten +++

Gewerkschafter von Polizei zusammengeslagen und festgenommen

Bei der Fortsetzung ihres Protestes gegen die Politik der Regierung in Form eines Schweigemarsches wurden in Balikesir Gewerkschafter von der Polizei mit Knüppeln angegriffen. Auch Frauen und Kinder wurden von der Polizei mit Knüppeln geschlagen. 200 Menschen wurden festgenommen.

Cumhuriyet

Leichen von Verschwundenen unter Militärgebäude vermutet

Die Angehörigen der Verschwundenen haben auf ihrem 98. Samstagsprotest besonders das Thema der Verschwundenen in Yüksekova vorgestellt.

Unter der Führung von Major Mehmet Emin wurden Yurdakul Sensettin Yurtseven, Münir Saritas und Müsdat Özekten aus dem Dorf Agacli in der Nähe von Yüksekova festgenommen, dann an die Wand gestellt und erschossen. Ihre Leichen wurden dann in das Gebäude des Bataillons von Yüksekova gebracht und dort vergraben. Die Angehörigen der Verschwundenen verlangten, dass diese Wahrheit ans Tageslicht gebracht und der Boden des Gebäudes geöffnet wird. Nach dem Sitzprotest gedachten die Familien von Marmaras TIYAD mit dem Slogan "Die Wut der Mütter wird die Mörder erwürgen" der am 30. März 1972 in Kizildere massakrierten Mahir Cayan und seiner ebenfalls dort gefallenen Freunde.

Demokrasi - Cumhuriyet,
30.3.1997

Saalverbot für Göktepe Verhandlung

Die Gerichtsverhandlung gegen 48 Polizisten, die angeklagt werden, Metin Göktepe unter Folter umgebracht zu haben, wurde aus dem Sportsaal verlegt. Der Vorsitzende des Gerichts für Schwerverbrechen, Kamil Serif sagte, dass ihn die Verhandlung an Verhandlungen nach dem 2. Weltkrieg erinnere, in denen Nazis angeklagt waren: "Die Zuschauer stören mich. Wir geben hier kein Konzert." **Radikal, 29.3.1997**

Ayhan Carkin als Vollstrecker angeklagt

Die Gerichtsverhandlung gegen 12 Polizisten, unter denen sich auch das wegen Bandenbildung zu Gefängnis verurteilte ehemalige Mitglied der Spezialeinheiten, Ayhan Carkin, befindet, ist verschoben worden. Die Polizisten sind wegen der Operation vor 6 Jahren in Nisantasi/Istanbul angeklagt, bei der sie am 12. Juli eine Wohnung überfielen und Bilal Karakaya und Ibrahim Ilici hinrichteten. Ibrahim Göksel wurde dabei verletzt.

Das Gericht setzte einen anderen Verhandlungstermin fest, weil die meisten Angeklagten nicht zur Verhandlung erschienen waren.

Demokrasi, 29.3.1997

Hungerstreik in Adana im 17. Tag

Gegen den Entzug ihrer Rechte sind die Gefangenen der PKK, DHKP-C und der TKP-ML seit 17 Tagen im Hungerstreik. Da manche der Gefangenen am Todesfasten im Juni/Juli letzten Jahres beteiligt waren, ist ihr Gesundheitszustand sehr schlecht. Sollte die Regierung nicht einlenken, sind Todesfälle zu befürchten.

Demokrasi, 28.3.1997

Staat betrügt Beamte um 27 % Zuschlag

Das Regime hatte den Beamten vor langer Zeit eine 40%ige Lohnerhöhung versprochen. Lediglich 13 % davon wurden tatsächlich gezahlt. Und auch diese 13 % werden nur Direktoren und ihren Stellvertretern bewilligt. Die Beamten können von ihrem geringen Lohn ihre Familien nicht mehr finanzieren. Allein die Lebensmittelkosten betragen im Monat 27 Millionen 715 Tausend TL. Mit den 13 % Zuschlag verdient ein Durchschnittsbeamter im Monat 30 Millionen TL. Im Zeitraum der Lohnerhöhung hat sich gleichzeitig die Inflation um 11,9 % erhöht, so dass der größte Teil der Lohnerhöhung nur die gestiegene Inflation deckt. Dagegen wurden die Bezüge für Soldaten und Polizisten um 70% bzw. 50% erhöht. Dies zeigt deutlich, wer dem türkischen Regime wichtig ist.

Kurtulus, 27.3.1997

Kinder zu mehr als ihrem Alter Gefängnis verurteilt

Vor ein paar Wochen wurden die Türen des Gefängnisses Bayrampasa in Istanbul zum ersten Mal für die Presse geöffnet. Im Gefängnis fanden die Journalisten Kinder, die zu über 10 Jahren Gefängnis verurteilt

worden waren. Der 15jährige M.C. wurde wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation zu 20 Jahren verurteilt. Die Zahl der Kinder, die zu so hohen Strafen verurteilt werden, steigt von Tag zu Tag. Der 17jährige Ö.G. wurde 1995 in Esenler/Istanbul festgenommen. Er wurde in der Anti-Terror Abteilung gefoltert und danach im Gefängnis Bayrampasa in Untersuchungshaft genommen. Bis heute hat er nicht erfahren, was ihm vorgeworfen wird.

Cumhuriyet, 1.4.1997

Polizei stürzt Menschen aus dem Fenster

Ahmet Subasi, dessen Wohnung von der Polizei überfallen wurde, gab an, die Polizei habe ihn aus dem Fenster seiner im 3. Stock liegenden Wohnung gestürzt.

Die Wohnung des 21jährigen Journalisten der 'Kizil Bayrak' (Rote Fahne) wurde am 6. März von Polizisten der politischen Abteilung gestürmt. Ahmet Subasi trug bei dem Sturz aus dem Fenster eine schwere Kopfverletzung davon und mußte in die Klinik von Yesilkurt gebracht werden. Obwohl er dort operiert wurde, hat er bleibende Schäden erlitten.

Demokrasi, 31.3.1997

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER

SWB
Sonne- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

VERSCHWUNDEN

Mexikanische Polizei hat den Lehrer Gregorio Alfonso Alvarado Lopez verschleppt Seine Frau Norma Lorena Valdez Sanchez ist jetzt nach Europa gekommen

In Mexiko wurden in jüngster Zeit zahlreiche Fälle schwerster Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, deren Opfer Mitglieder von unabhängigen Basis- bzw. Menschenrechtsorganisationen sind. Diese Übergriffe hängen mit der verstärkten Anwesenheit von Sicherheitskräften in mehreren mexikanischen Bundesstaaten, darunter auch Guerrero, zusammen. Diese Kräfte werden dort gegen bewaffnete Oppositionsgruppen eingesetzt. Sowohl Oppositionelle als auch Mitglieder lokaler und landesweiter Organisationen, die sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation einsetzen, werden munter häufiger Repressalien seitens der Sicherheitskräfte ausgesetzt. In der Nacht zum 26.9.1996 - im von der mexikanischen Regierung ausgerufenen "Monat des Vaterlandes" - wurde Gregorio Alfonso Alvarado Lopez in Chilpancingo im Bundesstaat Guerrero von Polizei- und Sicherheitskräften des Staates entführt. Er verschwand in einem geheimen Kerker, von denen es im Süden des Landes viele gibt, und gilt seither als "vermißt". Niemand kann über seinen Aufenthalt Auskunft geben. In Guerrero herrscht staatlicher Terror vor allem gegen die Landbevölkerung. Immer wieder verschwinden Kämpfer für die Freiheit. Mancher wird ermordet aufgefunden. Der Lehrer Lopez war durch seinen Einsatz für die Campesinos, die Landarbeiter und armen Bauern, und für die Indios bekannt geworden. Er war insbesondere rechtlicher Berater der Bewegung "500 Jahre Widerstand der Urbevölkerung" von Guerrero. Er hat für Menschenwürde und Freiheit gekämpft. Damit wurde er ein Dorn im Auge der herrschenden Klasse Mexikos. Und im von Volksunruhen erschütterten Mexiko fackeln die Behörden nicht lange. Verschwindenlassen und Mord, Folter und Terror sind "normale" Mittel auch in diesem Hinterhof der USA. Man braucht "Ordnung" für die Ausbeutung durch US-Monopole. Gregorio Lopez ist nicht der einzige, der von der Staatsmacht aus dem Weg geräumt wurde. In der Zeitung EL MACHETE der Campesinos und Indios wird eine lange Liste von politischen Gefangenen aufgeführt. Die Liste enthält Vertreter der Arbeiter, der Campesinos usw. Gegen die Verschleppung von Gregorio Lopez gibt es in Mexiko eine breite Protestwelle. Organisationen wie die Lehrer- und Erziehergewerkschaft von Guerrero, ein Volksverteidigungskomitee, eine Front zum Aufbau einer nationalen Befreiungsbewegung, Volksräte aus mehreren Orten, Schuldirektoren zahlreicher Schulen, die Kommunistische Partei Mexikos/Marxisten-Leninisten, der Gregorio Lopez angehört, nicht-staatliche Menschenrechtsvereine, mehr als 38 Parlamentsabgeordnete und viele mehr haben beim Gouverneur des Bundesstaates Guerrero und bei anderen staatlichen Stellen ihren Protest gegen diesen Terror bekundet. Bis heute sind die Protestaktionen ohne Erfolg geblieben. Die Frau und die drei minderjährigen Söhne von Gregorio Lopez warten nun schon seit über 5 Monaten vergeblich auf die Rückkehr ihres Mannes bzw. Vaters. Nun ist die Frau von Gregorio Alfonso Alvarado Lopez, Norma Lorena Valdez Santos, nach Europa gekommen. Sie wird nach Deutschland auch Dänemark, Belgien, die Türkei, Frankreich und Spanien besuchen.

**Sofortige Freilassung von Gregorio Alfonso Alvarado Lopez/
Schluß mit der Unterdrückung in Mexiko/
Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Protestschreiben bitte an:

Mexikanische Botschaft, Adenauerallee 100, 53113 Bonn, Fax 0228/9138619. Eine Kopie an:

Solidaritätskomitee für Gregorio Alfonso Alvarado Lopez

c/o Zeitungsverlag RM, Postfach 401051, 70410 Stuttgart, Fax 0714/8702445

Veranstaltungen:

12.5. Stuttgart, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Str. 20, Kellerschenke

13.5. Berlin, 19 Uhr, Internationales Jugend-, Kultur- und Bildungszentrum Omayra, Engeldamm 68, 10179 Berlin-Mitte

16.5. Recklinghausen, Internationales & Antifa-Zentrum, Herder Str. 43, 19 Uhr

17.5. Kiel, 20 Uhr, "Die Pumpe" (Rote Hilfe)

18.5. Teilnahme am Pfingstjugendtreffen in Gelsenkirchen, Wildenbruchplatz, Veranstaltung mit Solidarität International